

forum

Klimaschutz & Kapitalismus

+++ LandesGEWerkchaftstag unterstützt
Kölner Antrag! +++ Arbeitskampf gegen
Lehrkräftemangel nicht mehr ausgeschlossen! +++
ausführlicher Bericht im nächsten Heft! +++

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

1995 tagte die erste Weltklimakonferenz („COP 1“) in Berlin. Am 17. November dieses Jahres endete das mittlerweile 23. Treffen dieser Art in unserer Nachbarstadt Bonn. Alle diese Konferenzen wollten das Weltklima retten. Doch 22 Jahre und zig Konferenzen später werden weltweit mehr klimaschädliche Gase in die Atmosphäre geblasen als je zuvor.

Am Ende von „COP 21“ stand das „Pariser Abkommen“, das als bahnbrechend bezeichnet wird. Deutschland hatte das dort ausgehandelte CO2-Jahresbudget bereits im April überschritten – ohne jede Konsequenz.

Angesichts der Tatsache, dass diesmal weit über 20.000 Teilnehmer*innen den Weg nach Bonn genommen haben, um an der Konferenz teilzunehmen, und weil Trump schon zuvor den Ausstieg der USA aus dem Pariser Klimaabkommen verkündet hat, muss auch diesmal stark bezweifelt werden, dass unsere Kinder, Enkel*innen und Urenkel*innen vor schlimmeren Umweltschäden noch bewahrt werden können. Gerade für uns, die wir zum überwiegenden Teil im Bildungssektor arbeiten, sollte das Thema von besonderem Belang sein. Denn vielleicht ist unsere Klientel in der Lage den nötigen radikalen Schnitt zur bisherigen Energieverwendung zu vollziehen.

In diesem Zusammenhang wartet die nun vorliegende „forum“-Ausgabe mit niemand geringem als Karl Marx und der Russischen Revolution im TITELTHEMA auf. An dieser Stelle nur so viel: Es findet sich Erstaunliches ...

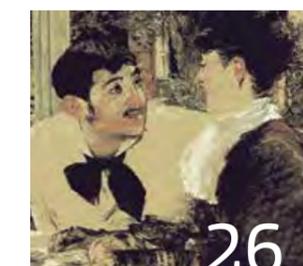
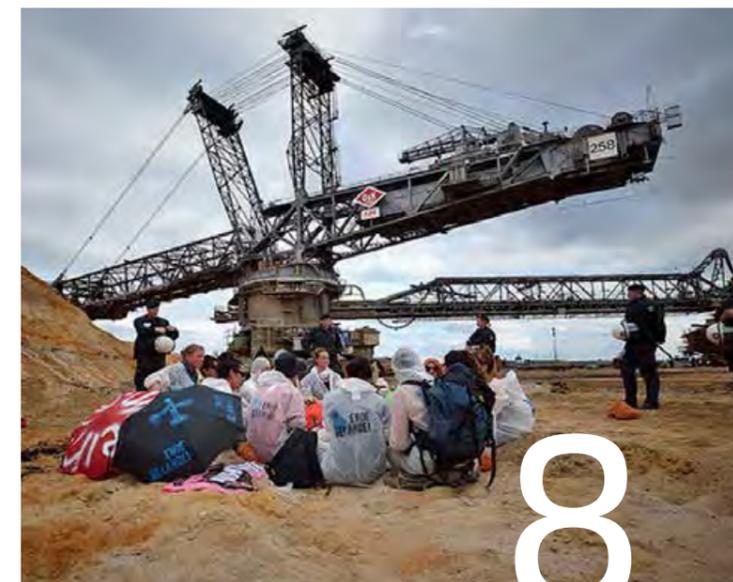
Ein weiterer Schwerpunkt ist das Interview mit Prof. Christoph Butterwegge em. anlässlich der aktuellen und viel beachteten Bertelsmann-Studie zur Kinderarmut in Deutschland.

Vielen Dank an alle, die diese Ausgabe zustande gebracht haben! Wir freuen uns weiterhin auf neue Beiträge und Kolleg*innen, die mitmachen möchten!

Euch allen einen ruhigen und gemütlichen Jahresausklang und einen frischen Start ins Jahr 2018 wünscht euch eure „forum“-Redaktion

forum 5-2017

IN KÜRZE	04
KALENDERBLATT	06
KONTAKTE FG UND AK	07
TITEL	
Klimawandel	08
BILDUNGSPOLITIK	
Digitalisierung: GOOGLES Geschenke	11
Digitalisierung: LOGINEO ausgesetzt	12
Lehrermangel	13
Faire Besoldung JA 13!	14
Studium und Hochschule	16
GESELLSCHAFT	
Prof. Butterwegge zur aktuellen Studie über Kinderarmut	18
Familie als außerschulischer Lernort	20
INTERNATIONALES	
Solidarität mit iranischen Gewerkschafter*innen	22
Studentenproteste in Nigeria	23
GEW intern	
Aktive Ruheständler*innen	25



Auf den Internetseiten www.gew-koeln.de oder auf www.gew-nrw.de sind weitere aktuelle Informationen, Newsletter, Kommentare und Archivmaterialien zu allen bildungspolitischen Aspekten abrufbar. Ebenso können auf der Kölner Homepage die forum-Ausgaben als pdf-Datei heruntergeladen werden.

IMPRESSUM

Herausgeber
Gewerkschaft
Erziehung und Wissenschaft
Stadtverband Köln
Hans-Böckler-Platz 1
50672 Köln

Bezugspreis: 1,25 Euro.
Für GEW-Mitglieder ist der Bezug im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Leserbriefe geben nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion wieder.

Redaktion: Eva Hering, Guido Schöniat (verantw. Redakteur),

Jutta Jilg, Stefan Schüller

Geschäftsstelle:
Montag, Dienstag, Donnerstag
10.00 Uhr bis 16.00 Uhr
Mittwoch, 10.00 Uhr bis 18.00 Uhr
Freitag 10.00 Uhr bis 13.00 Uhr

Telefon 02 21 51 62 67
Telefax 02 21 52 54 46

Homepage: www.gew-koeln.de
E-Mail: kontakt@gew-koeln.de

Konto: BBank eG
IBAN
DE93 6609 0800 0000 8831 07

TELEFONISCHE RECHTSBERATUNG

02 21 51 62 67

Montag und Donnerstag
17.00 bis 19.00 Uhr
und nach Vereinbarung

In den Ferien:
Landesrechtsschutzstelle
02 01 29 04 03 37

Druck: Zimmermann GmbH, Köln
Vertrieb: GWK, Köln

Layout: Atelier Goral, Köln
Titelfoto: caifas/fotolia
Redaktionsschluss nächste Ausgabe: Ausgabe 1/2018
Redaktionsschluss: 9. Februar 2018
Erscheinungstermin: 5. März 2018



Supervision für Erzieher*innen

Mit Kindern arbeiten - das muss doch wunderbar sein!“ „Schon“, sagen viele Erzieher*innen, „aber nicht so: fehlendes Personal und fehlende Ausstattung machen die Arbeit oftmals schwierig. Dazu kommen gelegentlich Konflikte im Team oder mit den Eltern. Aber auch im Bereich der Konzeptionen und pädagogischen Ansätze gibt es viele unterschiedliche Positionen - das bringt Verunsicherung und Stress mit sich.“

In der Supervision werden all diese beruflichen Probleme aufgegriffen, um dann gemeinsam in der Gruppe nach Lösungen zu suchen.

Durch die Reflektion des eigenen Handelns erfahren Erzieher*innen Stärkung in ihrer beruflichen Rolle sowie persönliche Entlastung. Darüber hinaus fördert die fachliche Diskussion einen sicheren Umgang mit pädagogischen Fragestellungen und hilft bei Problemen im Team. Damit leistet die Supervision einen wesentlichen Beitrag zu einer höheren Arbeitszufriedenheit.

Die GEW bietet zwei Supervisionsgruppen an, die sich alle 3-4 Wochen jeweils dienstags bzw. donnerstags treffen. Die Termine werden mit den Teilnehmer*innen und dem Supervisor jeweils für 4 Termine beim 1. Treffen vereinbart.

Kosten für 4 Termine: GEW-Mitglieder 40 Euro (Nichtmitglieder 80 Euro).

Moderiert werden die Gruppen von Frank Schneider (systemischer Supervisor (SG) und IBSO-Köln und Lehrer in der Erzieher*innen-Ausbildung).

EINLADUNG

DiFeS - Wie geht das?

Fragen rund um die Dokumentation individueller Förderung eines/r Schülers/in

Referentin:
Ulrike Schreckenberger, Fachberaterin
Gemeinsames Lernen beim Schulamt der Stadt Köln

Termin: Mittwoch, 10.01.2018

Uhrzeit: 18.00 Uhr

Ort: Kölner DGB Haus, Hans-Böckler Platz 1, Tagungsraum (EG)

Um eine kurze Anmeldung bis zum 22.12.2017 wird gebeten:
kontakt@gew-koeln.de

Kontakt zur Fachgruppe:

Martina Schütte - Telefon: 02236 - 321318, E-Mail: schuette-martina@web.de

Anke Bieberstein, Telefon: 0221 - 213788, E-Mail: a.bieberstein@arcor.de

Workshop: Locker vom Hocker

Improvisationstheater für Lehrer*innen

Liebe Referendar*innen und Kolleg*innen,
die Fachgruppe Gymnasium der GEW Köln lädt Sie ganz herzlich zu einem Workshop ein. Improvisationstheater ist eine Form des Theaters, bei dem auf der Bühne ohne festgelegten Text improvisiert wird. „Improvisieren“ bedeutet, etwas ohne Vorbereitung, aus dem Stegreif zu tun. Wie aus dem Nichts entstehen Geschichten, die durch das spontane und schlagfertige Spiel der Akteur*innen zu einem unterhaltsamen Theater werden.

Auch im Schulalltag gibt es viele unvorhersehbare Ereignisse und Situationen, auf die schnell und spontan reagiert werden muss. Spontaneität, Flexibilität und Schlagfertigkeit lassen sich mit den Methoden des Impro-Theaters hervorragend und mit viel Freude trainieren. Viele Situationen können dadurch leichter, freudiger und oft wirkungsvoller gemeistert werden. Die Teilnehmer*innen erhalten einen kurzen Einblick in die Grundprinzipien des Impro-Theaters und probieren viele Übungen direkt im Workshop aus. Sie erhalten Anregungen, wie sie Impro-Theatermethoden für sich selbst und in ihrer pädagogischen Arbeit nutzen können.

Die Übungen führt die erfahrene Theaterpädagogin Claudia Timpner durch. Sie leitet das Institut www.kreativ-impulse.de und ist Mitspielerin der Impro-Theatergruppe „8 Richtige“.

Donnerstag, 25.01.2018 von 17 Uhr bis 20 Uhr

Kölner DGB-Haus, Hans-Böckler-Platz 1, Großer Saal (1. OG)
U-Bahn-Linien 3, 4, 5 - Haltestelle: Bahnhof West/Hans-Böckler-Platz

Eine Anmeldung ist wegen der begrenzten Teilnehmerzahl erforderlich per E-Mail an: kontakt@gew-koeln.de
Die Teilnahmegebühr für Nichtmitglieder beträgt 15 Euro, für GEW-Mitglieder und Studierende ist die Teilnahme kostenlos.



Schwierige Kinder - Schwierige Klassen

LEHRERFORTBILDUNG MIT
ULI KAUTZ AUS DEM REFERENTENTEAM VON DR. BARTNITZKY

Der Umgang mit schwierigen Kindern ist für uns Lehrer*innen eine tägliche und weiter zunehmende Herausforderung an unseren Schulen, die uns oft genug mit unseren Grenzen konfrontiert. Hier Lösungswege aufzuzeigen ist das Ziel unserer Fortbildung, zu der Euch die

Fachgruppe Realschule herzlich einlädt.

Aus dem Inhalt: Warum sind schwierige Kinder schwierig? Warum tun sie das, was sie tun? Und wie können wir damit umgehen? Wir laden Euch ein, die Welt der Schule mit den Augen der Kinder zu betrachten.

Welche Strategien benötigen die Kinder, um erfolgreicher arbeiten zu können?

Die Moderatorin Uli Kautz ist Schulleiterin an einem Förderzentrum im Kreis Mettmann. Ihr Hauptschwerpunkt ist die Arbeit mit verhaltensauffälligen Kindern, aber auch mit Sprache und Lernen. Im Zuge der Inklusion arbeitet sie eng mit Regelschulen zusammen.

Donnerstag, 22.2.2018 von 17 Uhr bis 20 Uhr

im Kölner DGB-Haus, Hans-Böckler-Platz 1, Großer Saal (1. OG)
U-Bahn Linien 3, 4 oder 5 - Haltestelle: Bahnhof West/Hans-Böckler-Platz

Eine Anmeldung ist wegen der begrenzten Teilnehmerzahl erforderlich per E-Mail an: kontakt@gew-koeln.de Die Teilnahmegebühr für Nichtmitglieder beträgt 15 Euro, für GEW-Mitglieder und Studierende ist die Teilnahme kostenlos.
www.schwierigekinder.de

BETRIEBSRATSWAHLEN 2018

Auch in Kitas, im offenen Ganztage und in privaten Schulen!

Nina Goerges,
Rechtsberaterin GEW Köln

Bald ist es wieder so weit: Im Frühjahr 2018 finden bundesweit in allen Branchen Betriebsratswahlen statt. Auf die Frage, ob dies auch in pädagogischen Bereichen notwendig ist, kennt die GEW nur eine Antwort: JA! In unserer Beratungsarbeit bemerken wir immer wieder, wie wichtig Betriebsräte gerade in Einrichtungen im pädagogischen Bereich sind. Im täglichen Arbeitsstress werden die Belange der Beschäftigten nicht selten hintenan gestellt. „Für die Kinder“ geben die Beschäftigten alles. Schnell gehen dabei einmal Arbeitnehmerrechte verloren. Ein weiteres Problem in pädagogischen Einrichtungen ist, dass oftmals auch die Vorgesetzten Pädagogen sind und sich deshalb auch nicht sicher mit der umfangreichen Arbeitsrechtsgesetzgebung auskennen. Arbeitnehmerrechte bleiben dabei nicht selten auf der Strecke.

In Betrieben mit Betriebsrat ist diese Gefahr wesentlich geringer. Der Betriebsrat vertritt die Interessen der Beschäftigten im Betrieb, überwacht, dass geltendes Recht eingehalten wird, und setzt sich in jeder Hinsicht für die Belange der Belegschaft ein. So bestimmt der Betriebsrat z.B. mit bei der Urlaubsverteilung, dem Beginn und dem Ende der täglichen Arbeitszeit und bei Überstunden.

Die Sorge, dass die Wahl eines Betriebsrates automatisch zu Konflikten mit dem Arbeitgeber führt, ist nicht berechtigt. Arbeiten Betriebsrat und Arbeitgeber auf der Grundlage gegenseitigen Respekts zusammen, kann ein Betriebsrat auch eine Entlastung bei der Führung eines Betriebes sein. Ein Arbeitgeber muss z.B. nicht mehr mit jedem einzelnen Beschäftigten verhandeln, sondern trifft mit dem Betriebsrat Vereinbarungen, die für alle verlässlich sind.

Die Vorteile eines Betriebsrats haben in den letzten Jahren viele Einrichtungen erkannt, und die GEW hat hier mehrfach Betriebe bei der Betriebsratsgründung begleitet. Diese Hilfestellung möchten wir auch gerne anderen Interessierten anbieten. Sollten Sie an der Gründung eines Betriebsrates in Ihrer Einrichtung interessiert sein, berät die GEW Ihre Mitglieder gerne.

NEUES AUS DER RECHTSPRECHUNG

Betriebsratswahlen 2018 – Wahlvorstandsschulung

Zwischen März und Mai 2018 werden neue Betriebsräte gewählt. Die Wahlen werden vom Wahlvorstand vorbereitet und durchgeführt.

Das Gelingen der Wahl ist von der Einhaltung der Verfahrens- und Formvorschriften abhängig. In unserem eintägigen Seminar können sich Wahlvorstandsmitglieder auf ihre Aufgabe vorbereiten. Im Mittelpunkt stehen die gesetzlichen Vorschriften aus dem Betriebsverfassungsgesetz und der Wahlordnung sowie Fragen der praktischen Umsetzung im Betrieb.

Die Themen:

- Vorbereitung der Betriebsratswahlen
- Rechte des Wahlvorstands
- Aufgaben des Wahlvorstands
- Wahlausschreibung
- Wählerverzeichnis
- Personen- oder Listenwahl?
- Ermittlung des Wahlergebnisses
- Zusammensetzung des Betriebsrates nach Beschäftigungsarten und Geschlechtern
- Konstituierende Sitzung

Referent:

Achim Fritzsche, Jurist für Arbeitsrecht

Termin: 17. Januar 2018

von 9 Uhr - 16.30 Uhr
Ort: Kölner DGB-Haus, Hans-Böckler-Platz 1
Freistellung: § 20 Abs. 3 BetrVG
Seminargebühr: 100 Euro inkl. Verpflegung

Bei Interesse bitten wir um verbindliche Anmeldung bis zum 20. Dezember 2017 an: kontakt@gew-koeln.de

SAVE THE DATE

Veranstaltung der GEW Bezirksfachgruppe Köln Gymnasium

mit SCHULMINISTERIN YVONNE GEBAUER

zum Thema: G8/G9

am Montag, den 26. FEBRUAR 2018
UM 19 UHR

Anmeldung erforderlich an: kontakt@gew-koeln.de

Nähere Einzelheiten bitte der Webseite der GEW Köln entnehmen:
<https://koeln.gew-nrw.de/index.html>

TARIFVERTRAG ÖFFENTLICHER DIENST

Infoveranstaltung zur TVöD-Tarifrunde 2018

Ab März 2018 beginnt die Tarifrunde im SuE-Bereich der kommunalen Träger in der TVöD-Tarifrunde.

Dazu findet eine Informationsveranstaltung des GEW Stadtverbands Köln am 15. Januar 2018 um 18.00 Uhr im Kölner DGB Haus, Hans-Böckler-Platz 1, Tagungsraum (EG), statt.

Als Referentin wird unsere Landesvorsitzende Dorothea Schäfer, GEW NRW, ausführlich informieren.

Alle Interessierten sind herzlich eingeladen!

Kontakt zur Fachgruppe Kita: Brunhilde Seeber, E-Mail: brunhilde.seeber@icloud.com

TERMINE

JANUAR

FEBRUAR

MÄRZ

APRIL



Januar 2018

08.01.18, 18 Uhr, Tagungsraum (EG)
AK LEMK

08.01.18, 18.30 Uhr, kleines Sitzungszimmer (1. OG)
Junge GEW

10.01.18, 17.30 Uhr, TH Köln Campus Südstadt, Ubier-
ring 48, Raum 207/208
FG Hochschule und Forschung

10.01.18, 18 Uhr, Großer Saal (1. OG)
FG Grundschule „DiFeS - Wie geht das?“

15.01.18, 18 Uhr, Tagungsraum (EG)
FG Kita „Infoveranstaltung zur TVöD-Tarifrunde 2018“

15.01.18, 18 Uhr, kleines Sitzungszimmer (1. OG)
AK Angestellte Lehrkräfte

17.01.18, 9 Uhr, Tagungsraum (EG)
Wahlvorstandsschulung Betriebsrätewahlen 2018

17.01.18, 11.45 Uhr, Bundeskunsthalle Bonn, Aus-
stellung „Bestandsaufnahme Gurlitt“, Aktive
Ruheständler*innen

18.01.18, 16 Uhr, Universität zu Köln, Biozentrum,
Zülpicher Straße 47b, Raum 2.009 **FG Hochschule und
Forschung**, Infoveranstaltung u. Workshop „Befristete
Arbeitsverträge?! – Agieren statt reagieren“

18.01.18, 19 Uhr, kleines Sitzungszimmer (1. OG)
AK Schulentwicklung

25.01.18, 17 Uhr
FG Gymnasium: Improvisations-Workshop „Locker
vom Hocker“

Februar 2018

05.02.18, 18 Uhr, GEW-Besprechungsraum (1. OG)
AK LEMK

05.02.18, 18.30 Uhr, Tagungsraum (EG) **Junge GEW**

14.02.18, 17.30 Uhr, Biozentrum der Universität zu
Köln, Zülpicher Str. 47b, Raum 2.009
FG Hochschule und Forschung

19.02.18, 18 Uhr, kleines Sitzungszimmer (1. OG)
AK Angestellte Lehrkräfte

22.02.18, 17 Uhr, Großer Saal (1. OG)
**FG Realschule: „Schwierige Kinder – schwierige
Klassen“**

26.02.18, 19 Uhr, Großer Saal (1. OG)
Bezirksfachgruppe Gymnasium: **Infoveranstaltung
mit Schulministerin Yvonne Gebauer zum Thema
G8/G9**

März 2018

01.03.18, 9.45 Uhr, Führung „Paare im Kölner Dom“
Aktive Ruheständler*innen

05.03.18, 18 Uhr, Tagungsraum (EG)
AK LEMK

05.03.18, 18.30 Uhr, kleines Sitzungszimmer (1. OG)
Junge GEW

14.03.18, 17.30 Uhr, TH Köln Campus Südstadt, Ubier-
ring 48, Raum 207/208 **FG Hochschule und Forschung**

15.03.18, 10.45, Führung durch das Deutsche Sport &
Olympia-Museum, Köln **Aktive Ruheständler*innen**

19.03.18, 18 Uhr, kleines Sitzungszimmer (1. OG)
AK Angestellte Lehrkräfte

April 2018

09.04.18, 18.30 Uhr, kleines Sitzungszimmer (1. OG)
Junge GEW

11.04.18, 17.30 Uhr, Biozentrum der Universität zu
Köln, Zülpicher Str. 47b, Raum 2.009
FG Hochschule und Forschung

17.04.2018, 11.45 Uhr, Führung durch das
LVR-Industriemuseum Engelskirchen
Aktive Ruheständler*innen

16.04.18, 18 Uhr, kleines Sitzungszimmer (1. OG)
AK Angestellte Lehrkräfte

25.04.18, 18 Uhr, Großer Saal (1. OG)
Jahreshauptversammlung

AK Homosexuelle Lehrer*innen

Ziele der Gruppe sind gleichermaßen Erfahrungsaustausch über die Situation an der Schule und (bildungs-) politische Arbeit. Zu beiden Arbeitsfeldern treffen wir uns außerhalb der Schulferien an jedem ersten Donnerstag oder Freitag im Monat, meist um 19 Uhr.

Arbeitsgremien zum Mitmachen!

FACHGRUPPEN

Jedes Mitglied ist aufgrund seines Tätigkeitsfeldes einer Fachgruppe zugeordnet. Die Fachgruppen vertreten die Interessen ihrer Mitglieder und unterstützen die Kolleg*innen.

BERUFSSKOLLEG

Jörg Buschmann, 0211-743497,
joerg.buschmann@gew-nrw.de

Thomas Wesseler, 0241-911326,
thomaswesseler@arcor.de

FÖRDERSCHULE/ SONDERPÄDAGOGISCHE BERUFE

Heiner Brokhausen, 02227-830567,
heinerbro@web.de

Esther Brandt, 02204-305784,
post@esther-brandt.de

ERWACHSENENBILDUNG

Max-Georg Beier, 0221-361812,
maxbeier@hotmail.com

GESAMTSCHULE

Peter Heim, 0221-743094,
peter.heim@posteo.de

Werner Balfer, 0221-745180,
w.balfer@posteo.de

GRUNDSCHULE

Martina Schütte
schuette-martina@web.de

Anke Bieberstein, 0221-213788,
a.bieberstein@arcor.de

GYMNASIUM

Dr. Alexander Fladerer, 0221-
4304533, fladerer@ish.de

Heike Wichmann, 0221-422354,
heike.wichmann@gmx.net

Andreas Haenlein,
0221-9458678,
andreas.haenlein@yahoo.de

Gudrun Skeide-Panek,
02232-29833,
skeide_panek@web.de

HAUPTSCHULE

Karin Distler, 0221-3981291,
karin.distler@gmx.net

Claudia Seidel, claudia.
seidel1209@googlemail.com

HOCHSCHULE UND FORSCHUNG

Anne Klein,
anne.klein@uni-koeln.de

REALSCHULE

Maria Backhaus, 0221-16932167,
mariabackhaus@netcologne.de

Katrin Reininghaus, 0221-331647,
katrin.reininghaus@online.de

Elke Görden-Schmickler, 0221-
419327, elkegoergen@web.de

SOZIALPÄDAGOGISCHE BERUFE/KITA

Brunhilde Seeber,
brunhilde.seeber@icloud.com

ARBEITSKREISE

Arbeitskreise ermöglichen den kollegialen Erfahrungsaustausch zu aktuellen berufsbezogenen und sozialpolitischen Themen.

INKLUSION

Uschi Kellermann, 0221-16846200,
uschi.kellermann@gmx.de

HOMOSEXUELLE LEHRKRÄFTE

Bodo Busch, 0221-9232930, bodo.
busch@netcologne.de

Björn Kiefer, 0170-9913326,
b.kiefer1@gmx.de

LEHRER*INNEN UND ERZIEHER*INNEN VON MIGRAN- TENKINDERN (LEMK)

Beate Kleifgen,
beatekleifgen@web.de

Hasan Taşkale, 02204-55869,
taschkale@gmx.de

Mustafa Ayırtır (HSU), 0172-
7536269,
ayirtir_mustafa@hotmail.de

Helma Rohm-Schnak,
helnorosch@unitybox.de

OFFENER GANZTAG

Hildegard Merten, 0221-526722,
hi.merten@web.de

Max-Georg Beier, 0221-361812,
maxbeier@hotmail.com

SCHULENTWICKLUNG KÖLN

Klaus Minartz, 0221-526722,
klaus.minartz@netcologne.de

AUSSCHÜSSE

Ausschüsse bieten Foren für diejenigen, die sich für die Belange einer bestimmten Personengruppe einsetzen möchten.

AKTIVE RUHESTÄNDLER*INNEN

Helga Löbbert, 0221-7123869,
klein-loebbert@netcologne.de

Silke Weinberger-Brümmer,
0221-763379,
nc-weinbesi2@netcologne.de

ANGESTELLTE LEHRKRÄFTE

Hildegard Achilles, 0221-2778448,
abhikachilles@web.de

Christina Krauwurst,
christinakrauwurst@gmx.de

Gudrun Skeide-Panek,
02232-29833,
skeide_panek@web.de

Peter Heim, 0221-743094,
peter.heim@posteo.de

JUNGE GEW/STUDIERENDE

Martin Mackenbach, martin.
mackenbach@gew-nrw.de

Anneka Hündgen,
hib-koeln@gew-nrw.de



Die Natur brauchen wir, den Kapitalismus nicht.



Wer sich klimaschädlichem und ökonomischem Irrsinn widersetzt, wird festgesetzt ...

Ende 2017 scheint sich der Planet Erde gegen seine Bewohner*innen verschworen zu haben: In der Karibik und im Golf von Mexiko zerstören gleich mehrere Hurrikans die Lebensgrundlage der Bewohner*innen, in Asien fordern heftigste Monsunregen weit über 1000 Todesopfer, Dürren in Afrika treiben die Menschen in die Flucht, selbst in Irland und Deutschland wüten Stürme, welche in ganzen Regionen Stromversorgung und Bahnverkehr zusammenbrechen lassen und Menschenleben fordern. Rekordhitze, Jahrhundertstürme, Ausnahme-Wetterphänomene aller Art sind zur Normalität geworden.

// **Conny Dahmen, Mitglied der GEW Köln**

Spätestens 2050 darf kein Gramm menschengemachtes CO₂ mehr in die Atmosphäre gelangen, wenn die Erderwärmung unter zwei Grad bleiben soll, dem Wert, bis zu dem Klimaveränderungen noch als „beherrschbar“ gelten. Eigentlich kein Problem, sagt (nicht nur) Greenpeace. Laut eigener Studie „Plan B 2050“ werde der Energiebedarf Deutschlands komplett aus erneuerbaren Energiequellen zu decken sein. In anderen sonnen- bzw. windreichen Ländern ist das sicherlich früher möglich.

Trotzdem ist jeder Klimagipfel eine weitere Farce ohne verbindliche Ergebnisse, trotzdem werden weiterhin Kohle, Gas und Öl gefördert und verbrannt, fahren weiterhin massenhaft Autos, werden Re-

genwälder vernichtet. Und trotz Tschernobyl und Fukushima strahlen auch weiterhin die AKWs, werden giftige Insektizide auf die Felder versprüht, türmen sich Plastikberge im Meer.

Gegensätzliche Interessen

Was der Rettung der Erde im Wege steht, ist nicht die technische Machbarkeit, son-

dern der Profit, dem alles andere unterworfen wird. Die breite Masse der Bevölkerung auf der einen und die handvoll Kapitalbesitzer*innen auf der anderen Seite, haben grundverschiedene Interessen. Energieerzeugung, Verkehrswesen, Landwirtschaft und die gesamte Wirtschaft dürften an nichts anderem als den Bedürfnissen der Menschen und der Umwelt ausgerichtet sein.

Das erste Patent für einen Sonnenkollektor zur Erzeugung von Warmwasser wurde bereits 1891 vergeben

Sowohl das Problem als auch die Lösung wurde von Sozialist*innen schon im vorvergangenen Jahrhundert erkannt: „Die kapitalistische Produktion entwickelt daher nur die Technik und Kombination des gesellschaftlichen Produktionsprozesses, indem sie zugleich die Springquellen aller Reichtums untergräbt: die Erde

und den Arbeiter.“ (Marx, Karl: „Das Kapital“, Bd. 3, Sechster Abschnitt).

Schon vor 130 Jahren war die Gefahr massiver Erderwärmung durch den Anstieg der Kohlendioxid-Konzentration in der Atmosphäre entdeckt worden. Der schwedische Nobelpreisträger Svante Arrhenius prognostizierte 1886 erstmals, dass eine Verdoppelung des CO₂-Gehalts in der Atmosphäre zu einer Temperaturerhöhung um vier bis sechs Grad Celsius führen würde.

Lösungen längst bekannt

Aber auch die Lösungen sind ebenso lange bekannt. Bereits 1879 schrieb der in Köln-Deutz geborene August Bebel: „Die Elektrizität zeichnet sich vor allem dadurch aus, daß sie in der Natur im Überfluss vorhanden ist. Unsere Wasserläufe, Ebbe und Flut des Meeres, der Wind, das Sonnenlicht liefern ungezählte Pferdekräfte, sobald wir erst ihre volle und zweckmäßige Ausnutzung verstehen.“ (in: „Die Frau und der Sozialismus“). Die grundlegenden Techniken, um die Energie aus Sonne, Wind, Wasser, Biomasse zu nutzen, sind seit Jahrzehnten, teils seit Jahrhunderten, bekannt. Das erste Patent für einen Sonnenkollektor zur Erzeugung von Warmwasser wurde 1891 vergeben, die erste Silizium-Solarzelle bereits 1954 hergestellt.

Nur 100 Unternehmen weltweit sind für mehr als 70 Prozent des weltweiten Treibhausgas-Ausstoßes seit 1988 verantwortlich (vgl.: „Carbon Majors Report“). Der Anteil an erneuerbaren Energien am Weltenergieverbrauch stieg zwar von 13 Prozent im Jahr 2008 auf ca. 19 Prozent in 2016, doch gleichzeitig werden die Kohlekraftwerke und auch AKWs weiter betrieben bzw. neu gebaut, weil sie für Konzerne profitabel sind.

Regenerative Energiequellen sind schwer monopolisierbar - der Wind weht, die Sonne scheint für alle. Demgegenüber bereichern sich die paar Dutzend Konzerne und Staaten, die praktisch die gesamten bekannten Öl-, Gas- und Kohlevorkommen der



Das „Dekret über Grund und Boden“ erklärt das Land zum „Allgemeingut aller, die darauf arbeiten“.

Nicht technische Machbarkeit, sondern dem Profit, dem alles andere unterworfen wird, steht die Rettung des Weltklimas entgegen.

Erde unter ihrer alleinigen Kontrolle haben.

Dezentrale Stromerzeugung statt Großprojekte

Stromerzeugung aus Kraftwerken und Großanlagen, wie dem weltweit größten (Noor-) Solarpark in Marokko oder Riesenwindparks vor den Küsten, sind für private Energiekonzerne am profitabelsten. Einige Großprojekte in besonders sonnenreichen oder windreichen Gebieten mögen sinnvoll sein, jedoch ergeben sich immer Probleme, wie das Energietransports oder des generellen Eingriffs in die Landschaft.

Über jedes einzelne solcher Projekte muss – auf Basis offengelegter Geschäftsbücher, Baupläne und Untersuchungen über die Auswirkungen auf Mensch und Natur – demokratisch diskutiert und entschieden werden. Hierzu gehören gemeinsame Entscheidungen über das Verlegen von Stromleitungen und Kabeln, z.B. entlang von Bahntrassen oder als Erdkabel.

Sinnvoller ist prinzipiell eine dezentrale Stromerzeugung. Auch das Speichern der unregelmäßig fließenden Sonnen- und Windenergie ist im kleineren Rahmen wesentlich einfacher als bei zentraler Energiegewinnung.

Bei der Produktion ansetzen

Der Endenergieverbrauch in Deutschland ist seit Beginn der 1990er Jahre kaum gesunken, der Stromverbrauch steigt sogar – obwohl wir brav die Heizung regulieren, bei der Kaffeemaschine den Stecker ziehen, keine Lampe zu viel anschalten usw.

Nur sind es nicht wir, sondern Industrie- und Gewerbebetriebe, die hierzulande 60 Prozent des Stroms verbrauchen, den sie zu erheblich billigeren Tarifen erhalten als Privathaushalte.

Hier sind die Einsparmöglichkeiten vielfältig: In einer demokratisch geplanten Wirtschaft würden alle Beschäftigten gemeinsam energiesparende Produktionsweisen entwickeln und umsetzen. Güter wür-

den nicht mehr auf Verschleiß, sondern auf Haltbarkeit produziert, Verpackungen würden auf das Notwendige reduziert und bestünden aus wiederverwendbarem Material. Und niemand käme mehr auf die Idee, Produkte mehrmals um die Welt zu karren, weil am anderen Ende die Löhne niedriger sind. Brandrodung und Abholzen der Wälder tragen heute zu 22 Prozent zum CO₂-Ausstoß bei, könnten aber sofort gestoppt werden.

Ganze überflüssige Industriezweige (zum Beispiel Werbung und Rüstung) könnten abgeschafft und die Beschäftigten auf sinnvollen Arbeitsplätzen tätig werden – nicht zuletzt im Umweltbereich oder im Bildungswesen! Das würde auch die Wochenarbeitszeiten in den gesellschaftlich sinnvollen Branchen senken helfen.

Wenn öffentliche Verkehrssysteme ausgebaut würden, wenn Busse und Bahnen nicht mehr zum Luxuspreis, sondern zum Nulltarif oder sehr günstig fahren würden, dann gelänge der Umstieg vom Billigflieger und vom Auto ganz schnell und freiwillig. Der alltägliche Pendelstress könnte durch wohnortnahe Arbeitsplätze (und kürzere Wochenarbeitszeiten; sic!) erheblich reduziert werden. So könnte man den CO₂-Ausstoß im Verkehr drastisch verringern – und nicht durch das geradezu verzweifelte Festhalten am Prinzip des Individualverkehrs durch Biodiesel, Elektroautos usw. Beides ist Augenschein und nicht klimaneutral, da das Kohlendioxid nur woanders verpufft als am Auspuff. Aber wir haben ja gesehen, zu welchen Verbrechen die Autoindustrie bereit ist, wenn es um ihre Interessen geht.

Lösung „Geo-Engineering“?

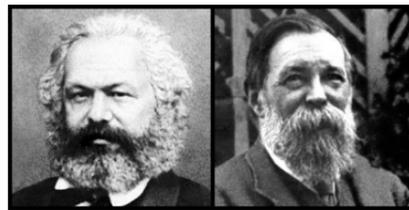
Der Klimawandel ist kein bloßes Horrorszenerario, sondern hat längst begonnen Realität zu werden. Prozesse wie Gletscher- und Polareisschmelze oder viele Wetterextreme sind bereits langfristig in Gang gesetzt worden. Aber es gibt auch Möglichkeiten, den CO₂-Gehalt der Luft wieder zu verringern. Doch die heute diskutierten Gegenmaßnahmen des „Geo-Engineerings“ sind meist so irre wie die Marktmechanismen selbst.

Besonders riskant ist beispielsweise das „Solar Radiation Management“ (SRM), wobei durch das Einbringen künstlicher reflektierender Partikel in die Stratosphäre die Sonneneinstrahlung teilweise abgeschirmt werden soll. Nach dem Vorbild von Vulkanausbrüchen (!) die in der Vergangenheit die Erde teils über viele Jahrzehnte abkühlten und damit oftmals für lange Kälteperioden, Missernten und Hungersnöte verantwortlich waren. Abgesehen von den viel zu wenig erforschten Wirkungen und Nebenwirkungen

bliebe die CO₂-Belastung bestehen.

Auch Technologien wie CCS („Carbon Capture and Storage“), ein Steckenpferd der Energiekonzerne, sind keine Lösung. Dabei wird CO₂ erst unter hohem Energieaufwand aus dem Abgas von konventionellen Kraftwerken abgeschieden und anschließend unterirdisch eingelagert. Das heißt aber, es kann irgendwann auch wieder freigesetzt werden.

Eine nachhaltige Energieversorgung ist die Basis für ein Leben im Einklang mit der Natur. Viele Lösungen sind bereits bekannt, werden aber nicht umgesetzt. Wenn Forschung und Wissenschaft im Interesse von Mensch und Natur agieren und nicht im Interesse der Konzerne, dann können zusätzliche Lösungen gefunden werden, die ganz



Sahen irgendwie schon aus wie alte Ökos: Marx aus Trier und Engels aus Wuppertal ...

Nur 100 Unternehmen weltweit sind für mehr als 70 Prozent des weltweiten Treibhausgas-Ausstoßes seit 1988 verantwortlich

neue Möglichkeiten eröffnen. Die besten Lösungen werden auch nur dann gefunden, wenn die gesamte Gesellschaft in den Prozess einbezogen wird. Millionen, die an ihr eigenes Leben denken, haben mehr und bessere Ideen, als Millionäre, die nur an ihren Profit denken.

Gesellschaftliches Eigentum

Ein schneller und dezentraler Umbau der Energieversorgung kann nur funktionieren, wenn die Energiekonzerne in öffentliches Eigentum überführt werden. Wenn die Gesellschaft wirksame Kontrolle ausüben soll, dann muss die Gesellschaft zur Eigentümerin der Produktionsmittel werden. Entschädigung der großen Aktionär*innen kann es nur nach Verrechnung mit den Subventionen geben, die die Konzerne erhalten, und der Kosten der Umweltzerstörung, die sie verursacht haben. Da dürfte nicht viel übrig bleiben.

Nicht mehr abgehobene Manager*innen, sondern Belegschaftskomitees, Vertreter*innen der Umweltschutz- und Verbraucherverbände, der Gewerkschaften und der arbeitenden Bevölkerung insgesamt würden

die Energiegewinnung und Stromversorgung demokratisch kontrollieren und verwalten. Beschäftigte und Verbraucher*innen könnten selbst Lösungen finden und zwar gemeinsam, lokal, national und international. Eine Kombination aus vielen unterschiedlichen erneuerbaren Energiequellen könnte uns in Zukunft mit Strom und Wärme versorgen – abhängig vom geografischen Standort und seinen Möglichkeiten, der Jahreszeit, dem Klima, der Besiedelung und so weiter.

Russische Revolution 1917 und Sozialismus

Waldschutz wurde in der frühen Sowjetunion sehr ernst genommen. Tatsächlich war die Russische Revolution von 1917, der erste erfolgreiche Sturz des Kapitalismus, damals für innovative russische Umweltforscher die Gelegenheit, endlich ihre Projekte umsetzen zu können. Bereits zwei Tage nach der Revolution, erließen die Bolschewiki Dekrete zur Verstaatlichung und zum Schutz von Wäldern, Bodenschätzen, Flüssen und Seen. 1920 wurde das erste Naturschutzgebiet der Welt gegründet, der Il'menskii. Russische Wissenschaftler*innen sprachen in den 1920er Jahren als erste von „Biosphäre“. Der Diktatur der sich dann entwickelnden stalinistischen Bürokratie fielen leider auch diese Errungenschaften zum Opfer.

Der erste Versuch, eine sozialistische Gesellschaft aufzubauen, ist bekanntlich gescheitert. Wenn Marktwirtschaft (aber auch die stalinistische Diktatur bis 1991) nichts hilft, um das Klima zu retten, können wir dann nur noch die Hände in den Schoß legen und auf unser von Menschen gemachtes Schicksal (ein Widerspruch!) warten?

Wir brauchen diesen Planeten. Es gibt keinen anderen. „Und so werden wir bei jedem Schritt daran erinnert, daß wir keineswegs die Natur beherrschen, wie ein Eroberer ein fremdes Volk beherrscht, wie jemand, der außer der Natur steht – sondern daß wir mit Fleisch und Blut und Hirn ihr angehören und mitten in ihr stehn, und daß unsre ganze Herrschaft über sie darin besteht, im Vorzug vor allen andern Geschöpfen ihre Gesetze erkennen und richtig anwenden zu können.“ (Engels, Friedrich: „Anteil der Arbeit an der Menschwerdung des Affen“, 1876). Das Grundgesetz der kapitalistischen Marktwirtschaft, Privateigentum an Produktionsmitteln um damit in rücksichtsloser Konkurrenz Profit zu erzielen, steht im unversöhnlichen Gegensatz zu den Gesetzen der Natur, die wir brauchen – im Gegensatz zum Kapitalismus.



GOOGLEs Geschenke für die Grundschule

„Digitalisierung der Bildung als Türöffner für Lobbyismus in der Schule?“
// Guido Schönian, Mitglied des GA und der „forum“-Redaktion

Weshalb stellt ein privatwirtschaftlich aufgestellter Konzern mit dem entsprechenden Unternehmensinteresse Computer-Komponenten für Schulen zur Verfügung, die er den Bundesländern (zunächst) kostenlos überlässt? Oder: Die Interessen hinter „der Digitalisierung“ Die taz hat darauf eine ganz konkrete Antwort, wie im Artikel „Kleine Geschenke mit Nebenwirkung“ (22.10.2017) nachzulesen. Dort wird beschrieben, dass in einigen Bundesländern wie Mecklenburg-Vorpommern z.Zt. „sternförmige und handtellergröße Platinen“ im Unterricht der Primarstufe eingeführt werden, mit denen z.B. „Schrittzähler für den Sportunterricht zu programmieren“ sind.

Stiftungen als Türöffner

In diesem Fall geht es um das Tool „Calliope mini“ der gemeinnützigen GmbH „Calliope“, die über „privatwirtschaftliche Initiativen und Stiftungen“, so die taz, an Bildungsministerien herantritt, um Zugang in die Klassenräume und schließlich in die Lehrpläne zu bekommen. Dahinter stehen Firmen „wie SAP, Bosch und Microsoft (und) vor allem Google“.

Dieses Vorgehen könnte als Firmen-Sponsoring bezeichnet werden, das es dem Staat erleichtert, die Digitalisierung in der Schule an die Schüler*innen zu bringen. Eine andere Lesart hat hingegen René Scheppler von der GEW Hessen. Er bietet Workshops mit dem fragenden Titel „Digitalisierung der Bildung als Türöffner für Lobbyismus (in der Schule)?“ an und stellt fest, dass sich mit einer fortschreitenden Ökonomisierung der Bildung auch Versuche von Einflussnahme auf schulische Bildungsinhalte feststellen lassen. Dies sei auch für individuelle Schulen und sogar Lehrkräfte immer deutlicher zu beobachten und nachzuweisen.

Der Begriff „Digitalisierung“ kann hierbei ein Katalysator sein, der es Unternehmen, Interessenverbänden bis hin zu professionellem Schulmarketing erleichtert, tendenziöse Unterrichtsmaterialien und Inhalte im schulischen Lernen zu verankern. Was die formale Ebene angeht, bleibt festzustellen, dass Konzerne mit dem Ticket der „Digitalisierung“ Zutritt in die Klassenräume bekommen.

Manchmal hakt's ...

In Baden-Württemberg wird die o.g. Computer-Platine aus Gründen der „Empfindlichkeit und Anfälligkeit“ (noch) nicht eingeführt, so die taz. In Sachsen hingegen stehen der Einführung offenbar tatsächlich „wettbewerbsrechtliche Bedenken“ entgegen.

Man könnte jetzt nachhaken, dass doch alles gar nicht mehr so schlimm ist, wenn nicht nur einige wenige Unternehmen, sondern gleich alle möglichen die Genehmigung zum Einzug in die Schulen erhalten. Doch was bringt es wem, wenn nicht nur Computer-Komponenten, sondern auch der Wettbewerb der Herstellerfirmen in die Schule kommen?

In der Praxis sind natürlich auch Fortbildungen zum Umgang mit dem „Unterrichtsinhalt Digitalisierung“ notwendig. Mecklenburg-Vorpommern sourced die entsprechenden Lehrgänge auch schon an Privatunternehmen aus, im Saarland und in Niedersachsen übernehmen dies noch die landeseigenen Medienzentren. Scheppler warnt, dass „am Ende Google die Ausbildung der Lehrer komplett“ für diesen Bereich übernehmen könnte.

Wie der Mitteilung der neuen Landesregierung (ebenfalls in dieser Rubrik) zu entnehmen, hat NRW selbst schon einen ersten Rückzieher vollzogen – bei der Einführung der Computer-Plattform LOGINEO.

Es scheint offenbar nicht alles rund zu laufen, wenn es um die Digitalisierung der Schulen geht ...

PRESSEINFORMATION – 750/10/2017

Schulministerium setzt Einführung von LOGINEO NRW aus

Das Ministerium für Schule und Bildung teilt mit:

Das Schulministerium hat die für das aktuelle Schuljahr vorgesehene Einführung der Arbeits- und Kommunikationsplattform LOGINEO NRW vorerst ausgesetzt. Grund sind ungelöste technische Probleme, die dazu geführt haben, dass die Medienberatung NRW die Plattform von LOGINEO NRW nach sorgfältiger Prüfung nicht abgenommen hat.

Der Sprecher des Ministeriums für Schule und Bildung, Daniel Kölle, betonte den hohen Stellenwert einer erfolgreichen Digitalisierung für das Lehren und Lernen in der Schule und erklärte: „Gerade deshalb setzt sich die neue Landesregierung nachdrücklich dafür ein, dass die Digitalisierung an den Schulen tatsächlich und von Beginn an gelingt. Wir müssen sie daher vor zusätzlichen Belastungen und Enttäuschungen durch ein nicht voll funktionsfähiges neues System bewahren. Die technischen Probleme von LOGINEO NRW müssen gelöst werden. Das Schulministerium hat die Erwartung, dass das System fehlerfrei ausgeliefert wird. Ein virtueller Arbeitsraum muss allen Anforderungen und Ansprüchen standhalten können, vor allem was Sicherheit und Datenschutz angeht. Da dies noch nicht in vollem Umfang technisch umgesetzt ist, ist eine



Aussetzung der unausweichliche Schritt, um LOGINEO NRW einer vollumfänglichen Prüfung zu unterziehen.“

Der virtuelle Arbeitsraum LOGINEO NRW soll Schulen die Kommunikation und Organisation erleichtern, zudem besteht Zugang zu digitalen Lernmaterialien und Lernmitteln. Koordiniert und für die Landesregierung umgesetzt wird das Projekt von der Medienberatung Nordrhein-Westfalen. Das Schulministerium sieht weiterhin die Notwendigkeit für eine digitale Arbeitsplattform, unabhängig von der derzeitigen Aussetzung.

Diejenigen Schulen in Nordrhein-Westfalen, die sich bereits für die Nutzung von LOGINEO NRW angemeldet haben, werden von der Medienberatung Nordrhein-Westfalen über die aktuelle Entwicklung informiert.

Nicht nur aber vor allem an den Grundschulen ist der Personalmangel kaum noch zu ertragen!

LESERBRIEF ZUM ARTIKEL „NEUE LEHRER VERZWEIFELT GESUCHT“ VOM 16.10.2017 IM KSTA

Mit bunten Plakaten gegen den Lehrer*innenmangel?!

In Anlehnung an die zehn Millionen Euro teure Imagekampagne des „Zentralverbandes des Deutschen Handwerks“ hat Schulministerin Gebauer eine große Werbekampagne angekündigt, um dem Lehrer*innenmangel zu begegnen.

Dies trifft besonders die Grundschulkolleg*innen wie einen Schlag: Seit Jahren ist dieser Mangel bekannt und wird wissentlich ignoriert. Anstatt Millionen für Werbung zu verschwenden, sollte die Landesregierung endlich für eine gerechte Bezahlung der Grundschullehrkräfte – sprich A 13 – sorgen, damit sich überhaupt noch Interessent*innen für diesen höchst anspruchsvollen Beruf finden lassen und dessen Attraktivität gesteigert wird.

Im Vergleich zu anderen Schulformen haben die Grundschullehrer*innen die höchste Unterrichtsstundenverpflichtung und erhalten maximal zwei Anrechnungsstunden für besondere Aufgaben für das gesamte Kollegium. Hinzu kommen eine immer heterogenere Schülerschaft und fehlende Schulleitungen. Zusätzlich sollen diese bereits am Limit arbeitenden Lehrkräfte nun auch noch Seiteneinsteiger*innen und fachfremdes Personal einarbeiten.



Das ist zurzeit die bittere Realität. Oder: Wertschätzung geht anders!

Darüber hinaus erschweren ein hoher Numerus Clausus und fehlende Studienplätze vielen Bewerber*innen schon den Zugang in ein Grundschul-Studium. Deshalb sollten die oben genannten Werbegelder eher für den Ausbau von Studienplätzen eingesetzt werden.

Der Kollaps ist vorprogrammiert.

Die geplante 105-prozentige Lehrkräfteversorgung wird sich mit Sicherheit so nicht realisieren lassen!

Martina Schütte
Fachgruppe Grundschule der GEW Köln



Die Fachgruppe Grundschule startete ihre Aktion „Damit der Zug nicht für Dich abfährt ...“ zur JA 13-Demo in Düsseldorf am 21.11.2017.

GEW-Kampagne für eine faire Besoldung–JA 13!

Weil alle Lehrer*innen es verdienen!

// **Thomas Ridder-Padberg, Fachgruppe Grundschule**



Am 16.11.17 verteilte die Fachgruppe Grundschule Freifahrkarten für die zentrale Kundgebung in Düsseldorf.

Anlässlich des „umgekehrten Equal Pay Day“ am 21. November traten Lehrer*innen aus Grundschulen, gemeinsam mit den Lehrkräften der Sekundarstufe I für eine Aufwertung ihres Berufs und die gleiche Bezahlung aller Lehrämter ein. Die GEW NRW rief im Rahmen einer bundesweiten „Aktionswoche JA 13 für alle“ zu einer symbolischen Aktion vor dem Landtag in Düsseldorf auf. Die Kundgebungsteilnehmer*innen formten ein lebendes „A 13“ auf der Landtagswiese.

Schulministerin Yvonne Gebauer (FDP) hatte für die Landesregierung eine Besoldungsreform in Aussicht gestellt, weil die mittlerweile gleichwertige Lehramtsausbildung besoldungsrechtliche Konsequenzen haben soll, von der auch Tarifbeschäftigte profitieren. Für die GEW NRW ist dieser Schritt schon längst überfällig. Der namhafte Rechtsexperte Prof. Dr. Ralf Brinktrine, Universität Würzburg, hat in einem von der Bildungsgewerkschaft in Auftrag gegebenen Gutachten die schulformabhängige Besoldungseinstufung von Lehrkräften als

verfassungswidrig bewertet. Für Martina Schütte, die Vorsitzenden der Fachgruppe Grundschule der GEW Köln bedeutet das: „Es gibt keine sachlichen Gründe, Lehrkräfte an Grundschulen und an den Schulformen der Sekundarstufe I schlechter zu bezahlen. Hochschulausbildung und Vorbereitungsdienst sind für Lehrer*innen aller Schulformen gleich lang. Im Lernprozess der Kinder leisten sie gleichwertige Arbeit.“ Im Gegensatz zu den Lehrkräften an der Grundschule und an den Haupt-, Real- und Sekundarschulen und in der Sekundarstufe I der Gesamtschulen erhalten Lehrer*innen an Gymnasien und in der Sekundarstufe II sowie an Berufskollegs als Berufsanfänger*innen A 13 Z (Zulage). Nach GEW-Berechnungen liegt die Differenz im Einstiegsgehalt zwischen A 12 und A 13 Z bei über 600 Euro.

Martina Schütte ergänzt ein zentrales politisches Ziel der GEW: „Bei der angekündigten Reform der Besoldung dürfen diejenigen nicht abgehängt werden, die zwar nach einer alten Studienordnung studiert haben, deren Berufserfahrung aber die inzwischen verlängerte Ausbildungszeit mehr

als aufwiegt und die in der aktuellen Situation des Lehrkräftemangels zudem viele zusätzliche Aufgaben wie die Einarbeitung von Kolleg*innen ohne Lehramt übernehmen. Berufserfahrung und die Übernahme von Verantwortung müssen angemessen honoriert werden. JA 13! Weil alle Lehrkräfte es verdienen!“

Zur Verdeutlichung des finanziellen Unterschieds wendet die GEW in ihrer bundesweiten Kampagne das Prinzip des „umgekehrten Equal Pay Day“ an, der symbolisch die geschlechtsspezifische Lohnlücke markiert: gemessen an der Besoldung nach A 13 Z arbeiten alle Lehrkräfte, die nach A 12 bezahlt werden, die letzten fünf Wochen des Jahres, unbezahlt.

Vor dem Kölner DGB-Haus mobilisierte die GEW-Fachgruppe Grundschule am 16.11.2017 ihre Kolleg*innen mit der Auftaktaktion „Damit der Zug nicht für Dich abfährt ...“ Hier konnten sich die Kolleg*innen eine Freifahrkarte abholen, um am 21.11.2017 an der JA 13-Aktion in Düsseldorf teilzunehmen.

Online-Petition:

<https://www.openpetition.de/petition/online/a13-fuer-alle-lehrerinnen-und-lehrer>



Am 21.11.17 haben sich ca. 300 Lehrer*innen vor dem Landtag in Düsseldorf versammelt, um lautstark eine gerechte Besoldung (A 13 Z) für ALLE Lehrkräfte einzufordern.

Gelungene JA 13-Aktion vor dem Landtag in Düsseldorf

// **Martina Schütte, Elke Hoheisel-Adejolu für die Fachgruppe Grundschule**



Mit dabei war eine ca. 40-köpfige Gruppe aus Köln, die unter dem Motto der Fachgruppe Grundschule Köln „Damit der Zug für dich nicht abfährt ...“ gemeinsam mit der Bahn angereist war.



Dies gilt auch für tarifbeschäftigte Lehrer*innen, die dann entsprechend in EG 13 eingruppiert werden müssten, statt wie bisher in EG 11.

In Brandenburg und Berlin werden unsere Forderungen bereits umgesetzt.

Wir bleiben dran, damit dies auch in NRW endlich passiert!!!



Zwar hat die neue Landesregierung angekündigt, dass die BA/MA Absolvent*innen zukünftig nach A 13 Z besoldet werden sollen, doch das greift uns zu kurz. Wir fordern A 13 Z auch für diejenigen, die nach der alten Studienordnung studiert haben. Ihre Berufserfahrung wiegt die inzwischen verlängerte Ausbildungszeit mehr als auf.



Befristete Arbeitsverträge?! – Agieren statt reagieren

Informationsveranstaltung und Workshop für
Mitarbeiter*innen der Kölner Hochschulen und
Forschungseinrichtungen



FÜR WEN?

Für Erzieher*innen, Referendar*innen,
LAA, Lehrer*innen, Studierende oder
Hochschulmitarbeiter*innen bis 35 Jahre,
die Mitglied der GEW in Köln sind.

WO?

in der Regel im
Kölner DGB Haus,
Hans-Böckler-Platz 1

ANMELDUNG:

Da es möglich ist, dass wir
uns mal woanders treffen,
schreibt uns am besten,
- gerne auch kurzfristig -
eine kurze E-Mail an
jungegew-koeln@gew-nrw.de,
damit wir euch auf dem
Laufenden halten können.

WAS GENAU?

Wir treffen uns regelmäßig zum
gemeinsamen Austausch, Planen
und Ideen entwickeln.

TERMINE (2018):

08. Jan., 05. Feb., 05. Mär., 09. Apr.,
01. Mai (gemeinsam zur 1. Mai-
Kundgebung), 07. Mai, 04. Jun.,
02. Jul. (Sommergrillen), 03. Sep.,
01. Okt., 05. Nov., 03. Dez.

AKTUELLE INFOS:

immer um 18.30 Uhr

facebook.com/jungegewkoeln



Der hohe Anteil befristeter Arbeitsverträge in der Wissenschaft wird seit einigen Jahren in einer breiteren Öffentlichkeit kritisch diskutiert – nicht zuletzt dank dem Templiner Manifest der GEW und Initiativen zur Vernetzung des sogenannten Mittelbaus. Darauf folgten auch politische Veränderungen: Auf Landesebene der Abschluss eines Vertrags über gute Beschäftigungsbedingungen, auf Bundesebene Ende 2016 die Novellierung des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes (Wiss-ZeitVG). Gleichzeitig werden Befristungen politisch weiter forciert, in dem Gelder häufig nur projektgebunden vergeben werden (z.B. Qualitätspakt Lehre des BMBF). An den einzelnen Hochschulen werden inzwischen zwar Personalkonzepte entwickelt – häufig allerdings ohne Transparenz für die wissenschaftlich Beschäftigten.

Auswirkungen von Befristungen sind:

- Verlust personengebundener Erfahrungen und Netzwerke
- wenig Nachhaltigkeit in Forschung, Lehre und Wissenschaftsmanagement
- Einstellung bewährter Projekte
- Zerstörung von Teams
- Demotivation
- Unterhöhlen von Möglichkeiten zur Mitbestimmung durch große Abhängigkeit
- Verunmöglichung persönlicher, langfristiger Lebensplanung und Beeinträchtigung sozialer Beziehungen

Ziel des Workshops ist es, über arbeitsrechtliche Grundlagen sowie Klagemöglichkeiten zu informieren und im Austausch miteinander die persönlichen Handlungsmöglichkeiten zu stärken.

Do, 18.01.2018

von 16.00 Uhr bis 19.00 Uhr
Universität zu Köln, Biozentrum,
Zülpicher Straße 47b, Raum 2.009

Angehörige aller Kölner Hochschulen und Forschungseinrichtungen (ob GEW-Mitglied oder - noch - nicht) sind herzlich eingeladen! Zur besseren Planung bitten wir um eine kurze Anmeldung unter: kontakt@gew-koeln.de

NACH DRAMATISCHEN ZAHLEN IN BADEN-WÜRTTEMBERG:

AStA fordert gebührenfreies Studium

Studierendenzahlen von Studierenden aus dem Nicht-EU-Ausland teils deutlich eingebrochen

Köln, den 13.11.2017: Der Allgemeine Studierendenausschuss der Universität zu Köln (AStA) fordert von der Landesregierung in Nordrhein-Westfalen, an einem gebührenfreien Studium festzuhalten. Anlass dafür sind dramatische Zahlen aus Baden-Württemberg. Dort müssen Studierende aus dem Nicht-EU-Ausland ab sofort 1500 Euro pro Semester bezahlen. Aktuelle Zahlen zufolge sind die Studierendenzahlen im aktuellen Semester drastisch eingebrochen. An sieben Hochschulen, darunter die Universitäten Freiburg und Ulm, sind es rund ein Drittel weniger außereuropäische Studierende.

Im nordrhein-westfälischen Koalitionsvertrag werben CDU und FDP mit Studiengebühren nach dem Modell aus Baden-Württemberg. Nachdem Ministerin Isabell Pfeiffer-Poensgen ankündigte, das Modell zur Diskussion stellen zu wollen, wenn aktuelle Zahlen vorliegen würden, sieht der AStA die Ministerin in der Pflicht, ihren Ankündigungen nachzukommen und sich von dem schwarz-gelben Vorhaben abzuwenden.

„Die Zahlen aus Baden-Württemberg sind ebenso erschreckend wie logisch“ kommentiert die 1. AStA-Vorsitzende Imke

Ahlen die Entwicklung in Süddeutschland. „Davon darf niemand überrascht sein. Baden-Württemberg liefert uns einen Vorgeschmack auf das Desaster, auf das wir in Nordrhein-Westfalen sehenden Auges zusteuern. So einen Rückgang an ausländischen Studierenden kann niemand wollen. Der wissenschaftliche und kulturelle Austausch ist für uns von enormer Bedeutung. Daher muss dieser Unsinn gestoppt werden!“

KONTAKT:

Imke Ahlen, 1. AStA-Vorsitzende,
i.ahlen@asta.uni-koeln.de

Lena Snelting, Politikreferentin,
l.snelting@asta.uni-koeln.de

Florian Pranghe, Pressesprecher,
presse@asta.uni-koeln.de

Politikreferentin Lena Snelting weist darauf hin, dass man bereits telefonisch mit der Ministerin in Kontakt stand und sie auf die Problematik hinwies. „Wir sehen jetzt, dass sowohl Universitäten, als auch kleinere Hochschulen enorme Rückgänge verzeichnen müssen. Die Zahlen aus Baden-Württemberg bestätigen unsere Befürchtungen, die wir der Ministerin bereits erläuterten“, so Snelting. Sie verweist zudem darauf, dass der gesamte Hochschulstandort Nordrhein-Westfalen nun drohe, abzustürzen.

„Künstlerische Hochschulen haben schon im Mai kundgetan, dass das Modell ihre Existenz gefährde. Die Erfahrungen aus Baden-Württemberg beruhigen weder sie, noch die Universitäten. Wir hoffen sehr, dass die Ministerin sich nun an ihr Wort hält.“

Infos & Tipps rund ums Lehramtsstudium,
Vorbereitungsdienst und Berufseinstieg in
Nordrhein-Westfalen



Liked uns auf
Facebook!



@lehrerinwerdeninnrw



Interview mit Prof. em. Christoph Butterwegge zur aktuellen Studie über Kinderarmut

Professor Butterwegge ist uns bekannt als Kandidat der Partei DIE.LINKE für das Amt des Bundespräsidenten. Bis zum August 2016 lehrte er Politikwissenschaft an der Humanwissenschaftlichen Fakultät der Universität zu Köln. Seine Arbeitsschwerpunkte lagen u.a. im Bereich der Armutsforschung. Er ist seit 45 Jahren Mitglied der GEW. // **Das Interview führten Stefan Schüller und Guido Schönian von der „forum“-Redaktion**

forum: Im Oktober 2017 hat die Bertelsmann Stiftung eine Studie zu „Armutsmustern in Kindheit und Jugend“ veröffentlicht, die breite mediale Aufmerksamkeit erfuhr. Was bringt die Studie Neues?

PROF. BUTTERWEGGE: Es wird darin empirisch nachgewiesen, dass die Armut der genannten Altersgruppen nicht bloß steigt, sondern sich auch verfestigt. Familien, die sich in prekären Lebensverhältnissen befinden, kommen jahre- oder jahrzehntelang nicht aus diesem Teufelskreis der Armut heraus. Natürlich ist diese Erkenntnis nicht neu, der „Bertelsmann Stiftung“, die sich um

die Zukunft des „eigenen“ Wirtschaftsstandorts Deutschland sorgt, schafft es aber mit Hilfe ihrer ungeheuren Medienmacht, solche Aussagen in der breiten Öffentlichkeit zu verankern. Die etablierten Parteien haben sich des Problems bisher trotzdem nicht angenommen: Im Koalitionsvertrag der noch regierenden Parteien CDU, CSU und SPD aus dem Dezember 2013 kommt das Wort „Kinderarmut“ auf 185 Seiten nicht einmal vor.

forum: Im Fazit ihres rund 70-seitigen Berichts schreiben die Autor*innen der Studie: „In weiterführenden Betrachtungen

im Rahmen des Forschungsprojekts soll analysiert werden, wie Veränderungen in den Lebensumständen der Kinder [...] in Zusammenhang zu dem Verlassen einer Armutslage oder dem Eintritt in eine Armutslage stehen.“ Kann man über (Kinder-)Armut forschen, ohne Vorschläge zur Problemlösung zu formulieren?

Der „Bertelsmann Stiftung“ geht es ähnlich wie der SPD mit ihrer Agenda 2010 und den Hartz-Gesetzen: Sie selbst hat durch ihre Empfehlungen für „möglichst schmerzhafteste“ Reformen des Arbeitsmarktes und des Sozialsystems maßgeblich dazu beigetragen, dass sich Probleme wie die Kinder- und die Altersarmut seit der Jahrtausendwende enorm verschärft haben. Das einzugestehen und einen radikalen Kurswechsel zu fordern, fällt der Stiftung des Gütersloher Konzerngründers Reinhard Mohn schwer.

forum: Wie sähen solche Vorschläge aus? Oder anders gefragt: Warum befinden sich im reichen Deutschland „21 Prozent der Kinder dauerhaft oder wiederkehrend in Armut und 10 Prozent zeitweise in Not“, wie die „Bertelsmann-Studie“ feststellt?

Ich nenne exemplarisch zwei Punkte: Nur durch einen gesetzlichen Mindestlohn in existenzsichernder Höhe lässt sich der Niedriglohnsektor, das Haupteinfallstor für Erwerbs-, Familien- und Kinderarmut zurückdrängen. Durch den am 1. Januar 2015 in Kraft getretenen Mindestlohn in Höhe von 8,50 Euro brutto pro Stunde wird höchstens eine weitere Lohnspreizung verhindert und der Niedriglohnsektor zwar nach unten abgedichtet, aber nicht abgeschafft, was jedoch nötig wäre, um Armut und soziale Ausgrenzung wirksam zu bekämpfen. Geringverdiener*innen mit Kindern, die in einer Großstadt wie Köln mit hohen Mieten wohnen, haben praktisch keine Chance, der Hartz-IV-Abhängigkeit durch Anhebung ihres Lohns auf die gesetzlich vorgeschriebene Mindesthöhe zu entkommen. Sie müssen nach wie vor die Grundsicherung für Arbeitssuchende in Anspruch nehmen und den entwürdigenden Gang zum Jobcenter antreten. Der zehn Jahre nach dem Inkrafttreten von Hartz IV eingeführte Mindestlohn reicht weder aus, um die massenhafte Erwerbs-, Familien- und Kinderarmut in Deutschland einzudämmen, noch zieht er Hartz IV die Giftzähne: Sowohl rigide Zutrittsregeln wie auch drakonische Sanktionen, die den Niedriglohnsektor boomt lassen, bleiben weiter bestehen. Daher müsste der Mindestlohn stark erhöht und von den Ausnahmen für besonders vulnerable Personengruppen (z.B. Langzeitarbeitslose, Kurzezeitpraktikant*innen und Jugendliche ohne Berufsabschluss) befreit werden.

Überfällig ist eine Großoffensive gegen Kinderarmut, die der Bund zusammen mit Ländern und Kommunen anstoßen und die Kirchen, Wirtschaft, Gewerkschaften, Wissenschaft, Wohlfahrtsverbände, Betroffenen-Organisationen, Bürgerinitiativen, zivilgesellschaftliche Akteur*innen und globalisierungskritische Netzwerke mittragen sollten. Denkbar wäre auch ein großer Runder Tisch, der im gesellschaftlichen Konsens und mit Unterstützung der öffentlichen Meinung geeignete Sofortmaßnahmen vorschlagen könnte. Finanzieren lassen sich die Kosten aus dem Aufkommen des Solidaritätszuschlags von 18 Milliarden Euro. Damit könnten abgehängte Regionen befähigt werden, ihre soziale und Bildungsinfrastruktur so weit zu entwickeln, dass die dort extrem hohe Kinderarmut sinkt. Nur wenn ge-

„Ich würde mir ein neues '68 wünschen ...“

Foto: Wolfgang Schmidt

„Jamaika? – Bob Marley würde sich im Grabe umdrehen!“

nügend Kindertagesstätten, gut ausgestattete Schulen und sinnvolle Freizeitangebote (von Stadt- und Landesbibliotheken über Museen bis zu Tierparks) vorhanden sind, kann verhindert werden, dass ein Großteil der nachwachsenden Generation unterversorgt und perspektivlos bleibt. Warum sollen nicht alle Kinder in öffentlichen Ganztageseinrichtungen unentgeltlich ein warmes Mittagessen bekommen, ohne dass bedürftige Eltern dies in einem bürokratischen Verfahren beantragen oder Spendensammlungen unter privaten Wohltätern stattfinden müssen?

forum: Ulrich Schneider, Geschäftsführer des Paritätischen Wohlfahrtsverbands, behauptet, der Schlüssel zur Armutsbekämpfung würde in der Bildung liegen. „Vor allem“, so meint er, „brauchen wir ein

„Im Koalitionsvertrag vom Dezember 2013 kommt das Wort ‚Kinderarmut‘ auf 185 Seiten nicht einmal vor.“

kostenloses Schulsystem“ (2017.10.23 im zdf-Mittagsmagazin). Was ist von dieser Ansicht zu halten? Sind Kita, Schule usw. wirklich in der Lage für Abhilfe zu sorgen?

Arme werden motiviert, ihre Karriere per Bildung durch Selbstoptimierung eigenständig und eigenverantwortlich zu organisieren, statt auf kollektive Lösungen im Rahmen einer Umverteilung des vorhandenen Reichtums von oben nach unten zu setzen. Nicht die gesellschaftlichen Verhältnisse, Machtstrukturen und Privilegien müssten demnach angetastet, sondern nur das Verhalten der einzelnen Individuen angepasst werden. Selbst wenn es wirklich zutrifft, dass Bildung heute eine größere Bedeutung für die Chancenverteilung in der Gesellschaft hat als in früheren Jahrzehnten und Jahrhunderten, hängt sie ihrerseits von der sozialen und der ethnischen Herkunft ab, bleibt mithin der (Markt-)Ökonomie als entscheiden-

der Triebkraft der Gesellschaftsentwicklung unterworfen. Extrem ungleiche Einkommens- und Vermögensverhältnisse sind nach wie vor das Haupthindernis für die Herstellung von mehr Bildungsgerechtigkeit. Denn im Bildungssystem reproduzieren sich die ökonomischen und politischen Machtstrukturen der Gesellschaft.

forum: Vor vierzig Jahren sagte Jürgen Girsgensohn: „Ein zweigliedriges Schulwesen wäre bildungspolitisches Niemandsland!“. Halten Sie die Forderung nach „einer Schule für alle“ für überholt?

Nein, absolut nicht. Gerade weil sich die Kluft zwischen Arm und Reich seither enorm vertieft hat, ist sie heute aktueller denn je. Die hierarchische Gliederung des Schulwesens in Deutschland ist nach wie vor ein großes Problem. Wer von der Gesamtbzw. Gemeinschaftsschule für Kinder aller Bevölkerungsschichten nicht sprechen will, sollte auch von der Ganztage Schule schweigen. Letztere war stets ein Ziel reformpädagogischer Bemühungen, degeneriert aber zur bloßen Verwahranstalt, wenn sie nicht in ein bildungspolitisches Alternativkonzept integriert wird. Nötig wäre eine umfassende Strukturreform, die der sozialen Selektion durch das mehrgliedrige deutsche Schulsystem ein Ende bereiten müsste. In „einer Schule für alle“ wäre kein Platz für die frühzeitige Aussonderung „dummer“ Kinder, die arm sind bzw. aus sog. Problemfamilien stammen. Mit einer inklusiven Pädagogik, die keine „Sonderbehandlung“ für bestimmte Gruppen mehr kennt, könnte man sozialer Desintegration und damit dem Zerfall der Gesellschaft insgesamt entgegenwirken.

forum: 1968 jährt sich im nächsten Jahr zum 50. Mal. Gibt es in der heutigen Studierendenschaft Ihrer Einschätzung nach eine Repolitisierung?

Ich würde mir ein neues '68 wünschen, bin aber wegen der schwierigen Rahmenbedingungen – wachsender Konkurrenz- und Leistungsdruck sowie ungünstige Macht- und Mehrheitsverhältnisse einerseits – nicht sehr optimistisch. Andererseits hat sich die damalige Bewegung von Schüler*innen und Studierenden davon auch nicht abhalten lassen, auf die Straße zu gehen. Ohne großen außerparlamentarischen Druck wird sich unter einer Koalition von CDU/CSU, FDP und Bündnisgrünen wenig zum Guten ändern. Jamaika hört sich nach karibischer Sonne, Strandurlaub und Wärme an, kann aber hier zu sozialer Eiseskälte führen. Bob Marley würde sich jedenfalls im Grabe umdrehen ...

forum: Vielen, lieben Dank für das Gespräch.

Die Familie als außerschulischer Lernort

Die Bedeutung der außerschulischen Bildung für kurdische Familien // **Firdevs Sine-millioglu, Mitglied der GEW Köln und im Leitungsteam des Landesausschuss „Migration, Diversity und Antidiskriminierung“ der GEW NRW; sie arbeitet beim „Interkulturellen Sozialen Service Netzwerk“ (ISS) in Köln und koordiniert Integrationskurse in Köln-Porz und in Remscheid.**

Was ist „die kurdische Familie“?

Die kurdische Familie gibt es nicht. Faktoren wie Bildungsniveau, Herkunftsort und sozialer Status definieren die „kurdische Familie“ näher. Es macht einen großen Unterschied, ob die kurdischen Familien als Gastarbeiter*innen, Flüchtlinge, Studierende oder im Rahmen der Familienzusammenführung nach Deutschland gekommen sind. Auch ist es wichtig, ob die zugezogenen Kurd*innen in der Heimat Bäuerinnen und Bauern waren oder Akademiker*innen, ob sie aus Städten oder aus Dörfern kamen. Sie sind in ihrer Vielfältigkeit und Unterschiedlichkeit Bestandteil der globalisierten Migration.

Kurdische Migrant*innen bringen zahlreiche wertvolle Ressourcen mit, die der schulischen und außerschulischen Bildung großen Nutzen bringen können. Dazu zählt u.a. die Sprachkompetenz, die intuitive Lernfähigkeit, die Anpassungsfähigkeit, familiäre Netzwerke und Migrationserfahrungen.

Es gibt durchaus zahlreiche kurdische Familien, die selbst über ein hohes Bildungsniveau verfügen und ihre Kinder ausreichend unterstützen können. Die Schwierigkeiten der kurdischen Familien im deutschen Bildungssystem sind weder ethnisch noch herkunftsspezifisch. Sie sind ausschließlich schichten- bzw. bildungsspezifisch. Im Nachfolgenden soll es um kurdische Familien mit geringen schulischen und institutionellen Bildungserfahrungen gehen.

Wie ist die Lebenssituation dieser kurdischen Familien?

Kurd*innen sind in einen schon lange andauernden Migrationsprozess einbezogen. Infolge von Ausgrenzungen in der Herkunftsfamilie und Aufnahmegesellschaft entstehen erhebliche Defizite in Bezug auf Bildung, Ausbildung und gesundheitliche Versorgung. Analphabetismus, niedrige Schulabschlüsse und eine geringe Allgemeinbildung sind beispielsweise die konkreten Folgen davon. Hinzu kommen vielfältige Diskriminierungserfahrungen. Leider viel zu oft müssen Kurd*innen erleben, mit ihrer kurdischen Identität nirgends willkommen zu sein. Die Kommunikationsprobleme führen zu Missverständnissen. Die Erfahrung der Ausgrenzung führt zur Selbstausgrenzung und zum Rückzug in die eigene Community. Eine der gravierenden Folgen dieser Entwicklung ist, dass keine

Identifikation mit der Aufnahmegesellschaft stattfindet.

Es entsteht auf beiden Seiten sowohl bei Kurd*innen als auch bei Deutschen kein „Wir-Gefühl“. Die Gesellschaft driftet auseinander, es entstehen Parallelgesellschaften, die sich verfestigen. Die Identifikation geschieht im Wesentlichen nur mit der eigenen Community, weil hier die Gemeinsamkeiten in Bezug auf Religion, Sprache, Tradition, familiäre Bindungen etc. vorhanden sind.

Was bedeutet das für die Bildung?

Die Eltern können nicht an die Zukunft ihrer Kinder denken, weil sie nicht wissen, wie man in der westeuropäischen Gesellschaft die Gestaltung der eigenen Zukunft in die Hand nimmt, wie man die Zukunft selbst bestimmt.

Den Eltern fehlt das nötige Orientierungswissen. Orientierungswissen bedeutet: In welcher Gesellschaft lebe ich? Welche Strukturen und welche Regeln hat diese Gesellschaft? Welche Chancen bietet diese Gesellschaft?

Sie können ihre Kinder nicht unterstützen, weil sie die Sprache nicht beherrschen. Die Familien sind objektiv gesehen nicht in der Lage, die schulischen Leistungen ihrer Kinder zu begleiten, die Kinder zu unterstützen, sie zu motivieren und auch zu kontrollieren.

Sie können nicht abschätzen, wie wichtig die Bildung quasi vom ersten Lebenstag an für die Zukunft ihrer Kinder ist! Bildung verstehen sie nur als schulische Bildung, nur

- Sprachprobleme sowie geringe schulische und institutionelle Bildungserfahrungen der Eltern führen zu massiven Schwierigkeiten im (Aus-)Bildungssystem
- durch Diskriminierungserfahrungen und Kommunikationsprobleme ziehen sich Familien zurück und suchen ausschließlich Kontakt zu Gleichgesinnten
- fehlende Orientierung der Eltern im Bildungssystem schmälert die Chancen der eigenen Kinder

als Schulwissen. Den Stellenwert der außerschulischen Bildung, außerschulische Sozialisation, Bildung durch eigenes Erleben und eigene Erfahrung kennen sie nicht.

Sie wollen, dass ihre Kinder in ihrer Gesellschaft angesehene Berufe wie Ärztin/Arzt oder Anwältin/Anwalt ergreifen. Dass dazu aber ein höherer Schulabschluss notwendig ist, wissen sie oft nicht.

Was erwarten diese kurdischen Familien von ihren Kindern und welche Enttäuschungen erleben sie?

Die Kinder werden stark von ihren Eltern beeinflusst. Sie wollen sich an den Werten der Eltern orientieren. Diese Werte sind die Werte der Gesellschaften der Herkunftsländer (Ost-Kurdistan, Nord-Kurdistan, Süd-Kurdistan und Syrien). Insofern unterscheiden sich auch die Kurd*innen untereinander. Die Eltern vermitteln die Werte, ohne sie zu erklären und akzeptieren kein Hinterfragen, weil auch sie selbst nicht gelernt haben, diese Werte zu hinterfragen.

So übernehmen die Kinder die Werte ihrer Eltern, ohne jegliche inhaltliche Auseinandersetzung. Ohne die Auseinandersetzung wiederum fehlt aber die wirkliche Identifikation mit den Werten der Eltern. Dies verhindert allerdings auch die Identifikation mit den Werten der Aufnahmegesellschaft, sofern die Kinder und Jugendlichen diese überhaupt erkennen.

Die Kinder erleben z.B. einen gravierenden Unterschied bei der geschlechtsspezifischen Rollenverteilung. Das führt zu Konflikten bei der Übernahme von Aufgaben und Verantwortung. Man hört die Jungen beispielsweise oft sagen, „das mache ich nicht, das ist Frauensache“. Durch diese Haltung sind Konflikte im Leben vorprogrammiert, in der OT, bei der Hausaufgabenbetreuung, bei Freizeitangeboten usw.

Die Unterschiedlichkeit der Werte und der Elternrollen zeigt sich auch daran, wie sich Eltern mit ihren Kindern beschäftigen. Kurdische Eltern beschäftigen sich in der Regel nicht in der Weise spielerisch mit den Kindern, wie es z.B. deutsche Eltern tun. Sie lesen ihnen keine Bücher vor, spielen keine Gesellschaftsspiele mit ihnen. Mit den Kindern spielen, ihnen vorlesen ist eher bei gebildeten kurdischen Familien als Alltagsgewohnheit vorhanden. Die traditio-

nelle Aufgabe der kurdischen Eltern ist es, die Kinder gut zu versorgen, gut zu ernähren und sie ordentlich zu kleiden und nicht Spielkamerad*innen der Kinder zu sein. Wenn Eltern mit Kindern spielen, sehen sie ihre Autorität gefährdet.

Die Folge für die Kinder ist die Entwicklung einer instabilen Persönlichkeit. Die Kinder nehmen von allem, was ihnen angeboten wird, etwas. Die Werte werden aber nicht verinnerlicht. Es kommt zu einer Schwankung der Persönlichkeit. Die Kinder entwickeln keine kritische Haltung. Sie lernen nicht zu hinterfragen, sich mit etwas auseinander zu setzen. Gerade diese Fähigkeit ist aber grundlegend für eine bewusste, kritische Partizipation in dieser Gesellschaft.

Wie erleben die Eltern ihre Kinder?

Die Eltern sehen, dass ihre Kinder nicht ihre Werte annehmen. Sie sehen, dass ihre Kinder sich von ihnen entfernen, sie merken, dass ihre Autorität schwindet. Ein Faktor, der diese Entwicklung begünstigt, ist, dass die Kinder besser deutsch sprechen als die Eltern und dadurch ein Rollentausch zustande kommt.

Institutionen wie Kindergarten und Schule fordern von den Eltern, mit ihren Kindern deutsch zu sprechen. Die Kinder merken, dass ihre Eltern das nicht leisten können, weil sie nur unzureichend und fehlerhaft deutsch sprechen. Die Kinder werden traurig, oft schämen sie sich auch für ihre Eltern. Sie erleben die Eltern defizitär.

Besser wäre es, wenn Institutionen die Eltern ermutigen würden, den Kindern vorzulesen, gemeinsame Aktivitäten zu unternehmen und mit ihnen zu sprechen, in der Sprache, die sie beherrschen. Die Eltern wissen nicht, dass die Familie der wichtigste außerschulische Lernort ist.

Das ist kein Vorwurf an die Eltern, sondern eine Feststellung. Wenn allerdings Eltern auch nach eingehender Beratung, nach intensiver Aufklärung diese Tatsache nicht verstehen und ihre Verantwortung für die außerschulische Bildung nicht übernehmen, dann schaden sie ihren Kindern.

Sie erleben die schmerzhafteste Enttäuschung, dass z.B. der Sohn nicht Arzt werden kann, weil er auf der Förderschule ist. Diese unrealistischen Annahmen gibt es. Schuldig und verantwortlich sind in den Augen der Eltern immer die „bösen Institutionen“, die die Kinder kaputt machen. Die eigene Verantwortung, das eigene Versagen, wird verdrängt.

Schlussfolgerung und Vorschläge

Bei der Einschulung sollen die Eltern sowohl von Institutionen wie Schulbehörden, Jugendämtern, Gesundheitsämtern als auch von Bildungsträgern über das Schulsystem und über Fördereinrichtungen im jeweiligen

Eltern mit Migrationshintergrund müssen ermutigt werden, sich mit schulischen Gremien über Entwicklungsschritte und Erziehungsfragen ihrer Kinder auszutauschen.

Integrationskurse für Eltern mit Migrationshintergrund unterstützen die Sprachkompetenz in der eigenen Familie und vermitteln Werte der (neuen) Gesellschaft.

Reibungen zwischen familiärer und schulischer Erziehung können durch mehr Informationsaustausch zwischen Eltern und Institutionen vermieden werden.

Bundesland beraten und informiert werden. Nur so können die Eltern Orientierungswissen erwerben.

Es gibt einen enormen Informationsbedarf bei den kurdischen Eltern. Die kurdischen Eltern sind i.d.R. sehr bildungsinteressiert. Sie wollen das Beste für ihr Kind. Sie wollen, dass das Kind einen guten Schulabschluss erlangt, studiert, einen angesehenen Beruf erwirbt. Bäcker*in beispielsweise ist für sie kein Beruf. Die Eltern wissen aber nicht, wie schwierig das ist, wie anspruchsvoll, und welche Aufgabe ihnen als Eltern dabei zufällt.

Um Reibungen zwischen familiärer und schulischer Erziehung zu vermeiden, dürfen die Kinder nicht überfordert werden. Die Eltern müssen realistisch einschätzen können, welchen Bildungsweg ihr Kind mit den gezeigten Leistungen einschlagen kann.

Die Eltern müssen durch Tagungen, Seminare, Elternabende und Beratungen, wenn nötig in der Muttersprache, in die Lage versetzt werden, ihre Kinder ernst zu nehmen, sie als gleichwertige Persönlichkeiten zu akzeptieren. Sie müssen erfahren, wie sie die Identitätsbildung ihrer Kinder unterstützen können. Wir können nicht immerzu Forderungen an die Eltern stellen, ihre Fehler und Defizite hervorheben, ohne ihnen die notwendige Grundlage für eine Entwicklung gegeben zu haben.

Diese Überforderung führt zur Frustration sowohl bei den Eltern als auch bei den Kindern. Kinder haben das Gefühl, sie seien nicht gut genug für ihre Eltern. Eltern schämen sich wiederum für ihr Kind. Um eine bessere Zukunft planen zu können, um ihre Kinder unterstützen zu können, um ihre Autorität nicht zu verlieren, müssen die Eltern die Verkehrssprache Deutsch beherrschen. Daran führt kein Weg vorbei.

Die Eltern mit Migrationshintergrund müssen ermutigt werden, sich mit den schulischen Gremien über die Entwicklungsschritte ihrer Kinder und über Erziehungsfragen auszutauschen. Aber auch das setzt wieder die ausreichende Kenntnis der deutschen Sprache voraus.

Also: Verpflichtende Integrationskur-

se sind richtig und wichtig. Diese Kurse sind als Zugang zur Elternbildung nicht zu unterschätzen.

Institutionelle Fördermaßnahmen wie Hausaufgabenhilfe oder Freizeitgestaltung sind für eine bessere Integration der Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund sehr wichtig.

Die Institutionen dürfen diesen wichtigen Bereich nicht einfach den Migrantenvereinen oder Moscheen überlassen. Das fördert Parallelgesellschaften, nicht die Integration!

Ich möchte meinen Artikel mit einer Geschichte abschließen, die ich erlebt habe:

Als ich vor einigen Jahren noch im Jugendladen Nippes, genauer gesagt in der Einrichtung Jugendhilfe und Schule, arbeitete, hatten wir ein kurdisches Mädchen, das zur Hausaufgabenhilfe gebracht wurde.

Das Kind spielte gern, die Mutter dagegen sagte immer: „Sie muss Hausaufgaben machen“. Wann immer die Mutter zum Abholen kam, sah sie die Tochter immer am Spieltisch. Ich merkte, dass die Mutter unzufrieden war, sie sagte jedoch nichts.

Eines Tages wurde es ihr offenbar zu viel. Weil es nicht zu ihrem Lernverständnis passte, sprach die Mutter mich endlich an. Sie sagte: „Keca min, ez keca xwe dihînim vira ku ew dera almanî hîn be. Lê hûn dixwezin ku ew li vir bileyîze. Ger ew bo listikê bê vira, ne hevceye, ew dikare li malê jî bileyîze!“. Das heißt: „Meine Tochter, ich bringe mein Kind hierher, damit sie lernt. Wenn sie hier nur spielt, dann kann ich sie auch auf der Straße spielen lassen“.

Meine Antwort: „Ja, aber das Kind lernt nicht nur durch Lesen oder Schreiben, sondern auch durch Spielen. Es erweitert den Wortschatz, es lernt soziales Verhalten, es lernt Regeln, es lernt zu verlieren ohne aggressiv zu werden. Das alles ist wichtig, gehört zum Leben“.

Da schaute mich die Frau von oben bis unten an und seufzte: „Hey wax keca min, tu jî bûyî mamosteyê almanî!“ („Ach, meine Tochter, du bist auch so eine deutsche Pädagogin geworden.“)

Dieser Artikel basiert auf einem Vortrag, gehalten auf einer Veranstaltung von NAVEND, „Zentrum für Kurdische Studien“ in Bonn, am 13.12.2008.



Dazu neu erschienen beim GEW Hauptvorstand der Flyer: „Bildung in der Migrationsgesellschaft – Forderungen für den Bereich Berufliche Bildung“



Die „Bildungsinternationale“ (EI) fordert Freilassung iranischer Gewerkschafter

Auch der Vorsitzende der Lehrgewerkschaft in Teheran ist betroffen

Im Iran sind Gewerkschafter*innen der Verfolgung durch die staatlichen Behörden ausgesetzt. Ihre Rechte als Arbeitervorteiler*innen und zivile Freiheiten werden verleugnet und führende Gewerkschafter*innen werden auf Grund ihrer Aktivitäten, die der Verteidigung von Interessen der Beschäftigten dienen, verhaftet.

Die Bildungsinternationale EI und die Internationale Transportarbeiter-Föderation ITF machen sich Sorgen, insbesondere um das Schicksal der Kollegen Reza Shabadi und Esmail Abdi.

Reza Shabadi, Schatzmeister des Arbeiter*innensyndikats der Busgesellschaft Teheran und Umgebung, wurde aus gesundheitlichen Gründen aus dem Gefängnis entlassen, nachdem er heftige Formen von Misshandlung erleben musste, während er unter Arrest war.

Daraufhin wurde ihm eine Verlängerung der medizinischen Freistellung verwehrt und er befindet sich wieder in Haft. Darüber hinaus wurde seine Haftstrafe um 968 Tage wegen der Freistellung verlängert. Reza Shabadi befindet sich seit dem 9. August im Hungerstreik, um gegen die unmenschlichen Zustände in den Knästen Irans zu protestieren.

Esmail Abdi, führendes Mitglied der Teheraner Lehrer*innenvereinigung, bekam 6 Jahre Haft aufgrund von falschen Anschuldigungen. Er wurde nach 38 Ta-

gen Hungerstreik ins Krankenhaus verlegt. Den Hungerstreik trat er an aus Protest gegen die dauerhafte Unterdrückung der Lehrkräfte und die fehlende richterliche Unabhängigkeit in Iran

Zwei Tage nach der Verlegung ins Hospital wurde er zurück ins Gefängnis Evin transportiert. Esmail Abdi wurde im Juni vorübergehend auf Kautions entlassen, um dann bereits am 27. Juli erneut verhaftet zu werden.

Wir benötigen Unterstützung, um die iranischen Behörden dazu zu drängen, Esmail Abdi und Reza Shabadi endgültig aus der Haft zu entlassen.

Bitte nehmt Euch einen Moment Zeit, um die Onlinekampagne von „LabourStart“ mit EI und ITF zu unterschreiben:

<http://www.labourstart.org/go/irande2017>

Und bitte teilt dies Nachricht mit Freunden, Familie und anderen Gewerkschaftsmitgliedern.

In Solidarität,

Eric Lee
(Chefredakteur von „LabourStart“,
Online-Nachrichtenportal für die
internationale Gewerkschaftsbewegung)

Studenten wegen Protesten gegen schlechte Lernbedingungen in Nigeria vom Hochschulbetrieb suspendiert

Grund für die Suspendierung ist eine friedliche Protestaktion, die am Freitag, dem 6. Oktober dieses Jahres, auf dem Campus der OAU durchgeführt worden ist. Mit der Aktion ist ein Beschluss des Gewerkschaftstags der Studierenden-Gewerkschaft umgesetzt worden. // **Wole Engels, „Education Rights Campaign“**

(dt.: „Kampagne für das Recht auf Bildung“); Übersetzung: G. Schönian

Vier bekannte studentische Aktivisten der „Obafemi Awolowo University“ (OAU) sind in der alten nigerianischen Kulturstadt Ile-Ife auf unbestimmte Zeit vom Hochschulbetrieb ausgeschlossen worden. Im Namen der Studierenden-Gewerkschaft hatten sie gegen die unzureichenden sozialen Bedingungen protestiert. Mit der Aktion wurden vor allem die Stromausfälle angeprangert, von denen die Studierenden gleich zu Semesterbeginn begrüßt worden sind. Die nun vom Hochschulbetrieb Ausgeschlossenen heißen Om-

ole Ibukun (Bundessprecher der „Education Rights Campaign“), Jacob Tosin (stell. Vorsitzender der Studierenden-Gewerkschaft), Oluwalade Babatunde vom studentischen Komitee zur Verbesserung des Transportwesens und Udeh John.

Die genannten Studenten haben kein Verbrechen begangen als sie zusammen mit anderen an dem Protest gegen die schlechten Bedingungen teilgenommen haben. In einigen Wohnheimen herrscht sogar die äußerst unangenehme Situation, dass dort Wanzenbefall festgestellt worden ist. Deshalb rufen wir die Masse der Studierenden,

die Gewerkschaften des Lehrpersonals, die anderen Gewerkschaften und AktivistInnen dazu auf, sich der Forderung nach umgehender und bedingungsloser Wiederzulassung sowie der Verbesserung der Lern- sowie der allgemeinen sozialen Bedingungen auf dem Hochschulgelände anzuschließen.

Das Schreiben, in dem die Suspendierung ausgesprochen wird, trägt den Titel: „Suspendierung von der Universität wegen laufender polizeilicher Untersuchungen aufgrund von kriminellen Handlungen“. Darin behauptet die Hochschulverwaltung, die Proteste der Studierenden vom 6. Oktober



Bereits in der „forum“-Ausgabe 4/2016 befasste sich ein Artikel mit der Situation in Nigeria. Damals ging es um die Beschreibung der allgemeinen Lebensbedingungen und ein konkretes Beispiel, wie mit sozialem Protest gegen Missstände im Bildungsbereich vorgegangen wird.

Nach Saudi-Arabien und Russland ist Nigeria der drittgrößte Erdöllexporteur. Trotz des Rohstoff-Reichtums kommen aktuell die meisten Menschen, die die gefährliche Passage über das Mittelmeer antreten, aus diesem westafrikanischen Land. Dieser Widerspruch und ein neuer Bericht über willkürliches Vorgehen von Hochschulleitungen in Zusammenarbeit mit staatlichen Stellen sind Anlass für den vorliegenden Bericht aus erster Hand.

„Nein zur Gebührenerhöhung bei gleichzeitiger Unterfinanzierung der Bildung! Kostenlose und qualitativ hochwertige Bildung ist möglich!“



Aktion der „Kampagne für das Recht auf Bildung“ in Nigeria (ERC): „Wir fordern kostenlose Bildung!“

für die Wiederherstellung der Stromversorgung und zur Verbesserung weiterer Lern- und Lebensbedingungen hätten die Abläufe auf dem Campus gestört. Zudem hätten die betreffenden Studenten Mitstudierende gewaltsam befreit, die sich in Gewahrsam befanden, weil sie sich am Protest beteiligt haben. Das Sicherheitspersonal hatte sie auf Anweisung des Vize-Kanzlers der Universität zuvor festgesetzt.

Es sollte festgehalten werden, dass mit diesem Protest ein Beschluss des Gewerkschaftstags der Studierenden-Gewerkschaft umgesetzt worden ist. Zu diesem Beschluss ist es gekommen, nachdem die leitenden Stellen der Universität die Beschwerden der Studierenden zuvor permanent ignoriert haben (das war noch vor Beginn der Semesterferien im September dieses Jahres). Beklagt wurden Gelege von Wanzen in den Wohnheimen und die anhaltenden Unterbrechungen bei der Strom- und Wasserversorgung. Der Beschluss des Gewerkschaftstags der Studierenden-Gewerkschaft, gegen die nicht hinnehmbaren Bedingungen protestieren zu müssen, ist mit großer Mehrheit der Studierendenschaft gefällt worden. Am Tag des Protests folgten mehrere hundert Studierende dem eigenen Beschluss und kamen zu einer Kundgebung zusammen.

Es ist bezeichnend, dass die unmittelbare Reaktion der Universität darin bestand, eine Einheit des hauseigenen Sicherheitspersonals loszuschicken, um die Protestaktion einzuschüchtern. Die bekannten studentischen AktivistInnen wurden schikaniert,

willkürlich geschlagen und in der Polizeiwache von Ile Ife im Stadtteil Moore in Gewahrsam genommen. Ohne sich um die Verletzungen zu kümmern, die die Studenten bereits davongetragen hatten, hat die Polizei sie dann ohne weitere Anhörung in Gewahrsam genommen.

Hätte der Vorstand der Gewerkschaft nicht rechtzeitig eingegriffen und einen Rechtsanwalt eingeschaltet, dann wären die verhafteten Studenten weiter in Gewahrsam gehalten worden, wo die Polizei sie bis zur Besinnungslosigkeit geprügelt hat. Bemerkenswert ist, dass die Universitätsleitung nach dem Protest für die Wiederherstellung der Stromversorgung gesorgt hat. Bis dahin hatten die Studierenden sechs Nächte lang im Dunkeln verbringen müssen.

Ganz offensichtlich konspirieren Universitätsleitung und Polizeibehörden, um die AktivistInnen zu kriminalisieren. In dem Schreiben, mit dem die Hochschulleitung die Suspendierung ausspricht, wird dieser Vorgang mit polizeilichen Untersuchungen begründet, die angeblich gegen die suspendierten Studenten anhängig sind. Bis zu diesem Moment ist keiner der vom Hochschulbetrieb suspendierten bei einer Polizeibehörde wegen irgendeines Vergehens angezeigt worden. Darüber hinaus ist die Suspendierung ausgesprochen worden, ohne den Betroffenen zuvor die Möglichkeit zur Anhörung zu geben. Die Methode, Studierende bei der Polizei anzuzeigen und sie mit der Begründung vom Hochschulbetrieb auszuschließen, weil „polizeiliche Untersuchun-

gen gegen sie“ laufen würden, ist charakteristisch für den früheren Vize-Kanzler, der solche Maßnahmen ergriffen hat, als er nach der Verwendung von Hochschulgeldern befragt worden ist.

Für den aktuellen Vize-Kanzler, der erst seit rund vier Monaten im Amt ist, folgt die Suspendierung von vier Studenten im Grundstudium aufgrund einer gewaltfreien Protestaktion nur kurze Zeit auf die Suspendierung von vier Studenten aus dem Hauptstudium, die gegen eine ausbeuterische Gebührenordnung der Universität protestiert haben. Das zeigt, dass sich die neue Hochschulleitung von ihrem Vorgänger nicht wesentlich unterscheidet.

Für Omole Ibukun, den Bundessprecher der „Education Rights Campaign“, ist es auch nicht das erste Mal, dass er suspendiert worden ist. Beim ersten Mal, als er vom Hochschulbetrieb ausgeschlossen wurde, geschah dies vor gut einem Jahr auf dieselbe autokratische Art und Weise. Damals ist die Suspendierung erst nach einem politischen und juristischen Kampf wieder aufgehoben worden. Anlass für die erste Suspendierung war ein Post bei „facebook“, den er gar nicht verfasst hat. Dieses Mal geht es um einen Protest, an dem er gar nicht teilgenommen hat. Das zeigt, dass es der Hochschulleitung offenbar nur darum geht, ihn zu schikanieren. Es sollen alle Stimmen mundtot gemacht werden, von denen man Widerstand gegen eine Politik erwartet, die sich gegen die verarmten Menschen richtet.

Einladung zur Führung durch das Deutsche Sport & Olympia Museum

Erst geht es in die Vergangenheit, ins antike Griechenland zu den Ursprüngen der Olympischen Spiele, von dort in großen Zeitsprüngen bis zum aktuellen Sportgeschehen unserer Zeit. Es gibt einiges zu bestaunen: z. B. die schönsten Tore der Fußballbundesliga und der Nationalmannschaft, unglaubliche Weltrekorde im Weit- und Hochsprung oder ein Surfbrett für Riesenwellen. Bestandteil der Führung sind außerdem einige Aktivstationen, die Sport „begreifbar“ machen.

**Deutsches Sport & Olympia Museum
Im Zollhafen 1 (Fußgängerzone im Rheinauhafen)
50678 Köln**

Donnerstag, 15.03.2018
Treffpunkt: 10.45 Uhr im Foyer des Museums
Kostenbeitrag: 6 Euro

Die nächsten KVBHaltestellen sind Heumarkt und Severinstraße, mit dem Auto ins öffentliche Parkhaus „Tiefgarage Rheinauhafen“. Parken im linken, hinteren, rot markierten Museumsbereich und der Ausschilderung folgen.

Die Teilnehmerzahl ist begrenzt, deshalb bei der GEW-Geschäftsstelle bis zum 15. Februar 2018 verbindlich anmelden (Tel.: 0221-516267 oder E-Mail: kontakt@gew-koeln.de) und im Verhinderungsfall auch wieder abmelden.



Jetzt Gewinnchance sichern!

Bis 31.12.2017 Mitglieder werben und gewinnen.

- ✓ 1. PREIS E-Bike für Damen oder Herren
- ✓ 2. PREIS SONOS-Lautsprecher
- ✓ 3. PREIS BahnCard 50 (2. Klasse)

Alle Infos unter:

www.gew-nrw.de/mitglieder-werben.html

Der Kölner Dom

Wer kennt ihn nicht, innen und außen?

Aber: Markus Juraschek-Eckstein eröffnet neue Sichtweisen mit seiner Führung: Paare im Kölner Dom nicht nur für Heiratswillige oder Jubelpaare

Donnerstag, 1. März 2018, 9.45 Uhr

Treffpunkt ist das Dom-Forum gegenüber vom Hauptportal des Domes

Kosten: 10 Euro

Die Teilnehmerzahl ist begrenzt; bitte verbindlich bei der GEW-Geschäftsstelle anmelden (E-Mail: kontakt@gew-koeln.de oder Telefon: 0221-516267) und im Verhinderungsfall wieder abmelden.

Edouard Manet –

Ausstellung im Wuppertaler Von der Heydt-Museum läuft noch bis Februar 2018

// **Helga Pennartz, Aktive Ruheständlerin**

Nach Beendigung des Collège Rollin strebte Manet eine Laufbahn als Marineoffizier an. Seine Eltern stimmten dieser Idee zu, da der Wunsch des Vaters, sein ältester Sohn möge eine juristische Laufbahn einschlagen, durch die schlechten schulischen Leistungen auswich. Bei der Aufnahmeprüfung zur Marineschule (École Navale) in Brest Ende Juli 1848 fiel Manet jedoch durch. Zur Vorbereitung auf eine Wiederholungsprüfung im Folgejahr schiffte sich Manet am 9. Dezember 1848 auf dem Schulschiff „Le Havre et Gadeloupe“ ein, mit dem er zu einer sechsmonatigen Reise nach Brasilien aufbrach.

Die Erfahrungen der Seereise führten Manet zu dem Entschluss, sich nicht erneut der Prüfung der Marineschule zu stellen und stattdessen den Beruf des Malers zu wählen. Manets späteres malerisches Werk besteht zu etwa einem Zehntel aus Meeresansichten - in der Ausstellung ist diesem Tatbestand ein ganzer Raum gewidmet. Die Reise nach Brasilien hat sicher eine inspirierende Rolle gespielt.

Nach seiner Rückkehr aus Brasilien konnte Manet seinen Vater davon überzeugen, einer Ausbildung zum Maler zuzustimmen. Er begann eine Ausbildung im Atelier von Thomas Couture, der seinerzeit als fortschrittlicher Künstler galt und den zahlreiche junge Maler bewunderten. Manet kritisierte schon im ersten Ausbildungsjahr seinen Lehrmeister, bei ihm würde er nur lernen, Gräber und Keller zu malen. Er fand eine Anstellung im Louvre, dort kopierte er Gemälde. Hiervon sind ‚Die Madonna mit dem Kaninchen‘ und ‚Jupiter und Antiope‘ von Tizian und das Selbstbildnis von Jacopo Tintoretto erhalten.

Tizians ‚Venus von Urbino‘ inspirierte Manet zu seinem Gemälde ‚Olympia‘. Im Pariser Salon von 1865 löste das Bild einen der größten Skandale der Kunstgeschichte aus. Gleiches galt für sein Bild ‚Das Frühstück im Grünen‘. Man attestierte dem Maler, „hässliche, nackte Frauenzimmer“, darzustellen die das sittliche Empfinden des Betrachters störten. Von beiden Bildern sind Reproduktionen in der Ausstellung zu sehen.

Abseits dieser Skandale, will das Von der Heydt-Museum Manets Verhältnis zu Politik, Weltanschauung und Gesellschaft im Frankreich des 19. Jahrhunderts aufzeigen. Manets Ablehnung des Kaiserreiches wird in dem Bild ‚Die Explosion‘ deutlich. Das Bild zeigt Soldaten, die, von der Wucht einer detonierenden Bombe getroffen, durch die



„Die Erschießung des Kaisers Maximilian“. Eigentlich waren die Soldaten Mexikaner, hier tragen sie jedoch französische Uniformen ...



Luft fliegen. Seine Kritik an Napoleon III. verpackt der Maler in der Zeichnung der Erschießung des Kaisers Maximilian von Mexiko. Der Büchsenpanzer trägt Napoleons Gesichtszüge. Maximilian war 1864 auf Betreiben von Napoleon III. in Mexiko inthronisiert worden, wurde aber später von der Gegenregierung hingerichtet. Napoleon war der Schuldige ...

Viele sehen in Manet den Wegbereiter des Impressionismus, er selbst fühlte sich dieser Stilrichtung aber nie zugehörig.

Künstlerisch ging er eigene Wege und ließ sich lediglich von verschiedenen Strömungen und eigenen Erfahrungen inspirieren. Mal orientierten sich seine Werke an der spanischen Mode und Kultur, mal waren sie - wie schon erwähnt - ganz seiner Leidenschaft für das Meer und die Seefahrt gewidmet.

Die Ausstellung, bestehend aus 45 Werken, versucht die verschiedenen Schaffensphasen und Lebensabschnitte von Manet abzubilden. Sie ist in elf Kapitel gegliedert: Anfängen von seinen ersten zaghaften Versuchen, die noch ganz unter dem Einfluss seines Lehrers Thomas Couture standen, bis hin zu seinen späten, aussagekräftigen Porträts und Bürgerszenen.

Die Bilder sind Leihgaben aus Tokio, New York, Sao Paulo, Oslo, Budapest, Stockholm, Melbourne und natürlich Paris. Bis zum 25.02.2018 kann man die Ausstellung noch besuchen.

Einladung zur Führung durch die Ausstellung: Bestandsaufnahme Gurlitt

Die Bundeskunsthalle in Bonn präsentiert neben dem Kunstmuseum Bonn eine Auswahl von Kunstwerken aus dem Nachlass von Cornelius Gurlitt. In Bonn sind Werke zu sehen, deren Herkunft noch nicht geklärt werden konnte. Weiterhin informiert die Ausstellung über Schicksale der verfolgten, meist jüdischen Kunstsammler und Kunsthändler in der NS-Zeit sowie über den beispiellosen Kunstraub der Nationalsozialisten.

Bundeskunsthalle BONN
Friedrich-Ebert-Allee 4
53113 Bonn

Mittwoch, 17.01.2018
Treffpunkt: 11.45 Uhr im Foyer des Museums
Kostenbeitrag: 5 Euro

Anreise mit öffentlichen Verkehrsmitteln: ab Köln
am einfachsten mit der Linie 16 bis Haltestelle Heussallee/Museumsmeile

Anfahrt mit dem Auto: sowohl von der A 555/565 (Ausfahrt Poppelsdorf)
als auch von der A 59 (Ausfahrt Bad Godesberg)

Das Parkhaus in unmittelbarer Nähe zum Kunstmuseum Bonn (Emil-Nolde-Straße)
bietet genügend Parkplätze.

Die Teilnehmerzahl ist begrenzt, deshalb bei der GEW Geschäftsstelle verbindlich anmelden
(T: 0221-516267 oder E-Mail: kontakt@gew-koeln.de) und im Verhinderungsfall auch wieder abmelden.

Einladung an die Kölner Ruheständler*innen zum Besuch des

LVR-Industriemuseums Kraftwerk Ermen & Engels in Engelskirchen

Datum: Dienstag 17. April 2018

Treffpunkt für Selbstfahrer*innen: LVR-Industriemuseum, Engels-Platz 2, 51766 Engelskirchen um 11.45 Uhr

Treffpunkt für ÖPNV-Nutzer*innen: Info-Point am Hauptbahnhof Köln um 10 Uhr Kosten ca. 4 € p.P.
Kosten: 2,50 € p.P. Eintritt in der Gruppe

Bei dem Industriemuseum handelt es sich um eine Baumwollspinnerei, die 1837 von Friedrich Engels sen. gegründet wurde. Mit den über 600 Arbeiter*innen zählte die Textilfabrik zu den bedeutendsten Schrittmachern der Industrialisierung im Aggertal. Gleichzeitig entwickelte sich das fabrikeigene Kraftwerk zu einer wichtigen Industriequelle für die Region.

Wir haben eine einstündige Führung mit dem Titel
„Unter Spannung bei Ermen und Engels“ gebucht, die um 12 Uhr beginnt.

Bitte meldet Euch in der Geschäftsstelle (0221-516267)
mit Eurer E-Mail-Adresse an, damit ich mich bei Euch melden kann,
falls sich die Abfahrtszeiten der Bahn verändern.

Bitte sagt Eure Teilnahme in der Geschäftsstelle ab,
wenn Ihr den Termin doch nicht wahrnehmen könnt.

Christine Oberhäuser
für die Aktiven Ruheständler*innen



Mitgliederversammlung zur Neuwahl des Geschäftsführenden Vorstands am 25. April 2018

Der Geschäftsführende Vorstand in Köln wird gemäß Satzung des GEW Stadtverbandes alle zwei Jahre neu gewählt. Er leitet die laufenden gewerkschaftspolitischen, organisatorischen und finanziellen Geschäfte des Stadtverbands. Er führt die ihm vom Erweiterten Vorstand übertragenen Aufgaben durch und ist dem Erweiterten Vorstand sowie der Mitgliederversammlung rechenschaftspflichtig. Der Geschäftsführende Vorstand besteht aus 11 gleichberechtigten Mitgliedern, die ihre Aufgaben und Funktionen untereinander aufteilen.

**Die Wahlversammlung findet statt am 25. April 2018 ab 18 Uhr
im Kölner DGB-Haus.**

Jedes Kölner GEW-Mitglied hat das Recht zu kandidieren.

**Kandidat*innen müssen ihre Kandidatur spätestens bis zum 28. März 2018 schriftlich anzeigen
(an: kontakt@gew-koeln.de).**

Einzige Voraussetzung: Sie müssen Mitglied im Stadtverband Köln sein
(also nicht im Umland) und satzungsgemäße Beiträge entrichten.

Der Wahlausschuss – gewählt bei der letzten Jahreshauptversammlung –
überprüft die Kandidaturen und leitet die Wahl.

Kandidat*innen stellen sich auf der Wahlversammlung am 25. April 2018 vor und können dort befragt werden.
Sie können dies auch vorher schriftlich in der Mitgliederzeitschrift forum und/oder auf der Webseite tun.
Gewählt werden kann bei der Mitgliederversammlung selbst sowie per Briefwahl bis vierzehn Tage danach.

Die genaue Tagesordnung der Wahlversammlung, die Vorstellung der Kandidat*innen sowie der
Rechenschaftsbericht des ausgehenden Geschäftsführenden Vorstands werden spätestens drei Wochen
vor der Wahlversammlung via E-Mail und auf der Webseite des Stadtverbands veröffentlicht.

Es ist von Vorteil für die Arbeit der GEW, wenn sich die zentralen Arbeitsbereiche auch im
Geschäftsführenden Vorstand widerspiegeln. Alle Fachgruppen und Ausschüsse sind darum aufgefordert,
über Kandidaturen zu beraten.

Der Wahlausschuss

Beate Kleifgen, Martin Mackenbach, Hildegard Merten, Christine Oberhäuser, Hasan Taşkale